

Auszug Protokoll Haushaltsberatungen 07./08.12.2021

Teilhaushalt 5000 (Anträge 104 bis 141, TOP 6, TOP 6.1)

Wir kommen unter **5000** zu **Jugend und Soziales**, und wir gehen jetzt auf die **Seite 248**. Auf der Seite 248 haben wir eine **Anpassung an die Jahresergebnisse 21** vorgenommen und konnten die mittelfristige Finanzplanung um jährlich rund 4 Millionen reduzieren und, weil wir hier eine Budgeteinsparung erwarten für diese Prognose, die natürlich erfreulich ist.

Antrag 104 (Seite 252): Freie Träger von Kindertagesstätten und Kinderkrippen, zusätzliche zehn PiA-Stellen pro Jahr (GRÜNE)

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Heute Morgen haben Sie es in Bezug auf die frühkindliche Betreuung auf den Punkt gebracht. Da haben Sie gesagt, überall, wo Träger die Errichtung einer Kindertagesstätte anbieten, nehmen wir als Stadt dieses Angebot auch dankend an. Es fehlt also nicht am Willen. Der Flaschenhals liegt wie so häufig beim Personal. Das Angebot der PiA-Ausbildungsplätze haben wir in Karlsruhe ja in den vergangenen Jahren bereits mit Erfolg ausgeweitet, um diesem zunehmenden Missverhältnis zwischen dem Bedarf an Fachkräften und der Verfügbarkeit solcher auf dem Arbeitsmarkt mit Eigeninitiative der Kommune zu begegnen. Dieses Missverhältnis wird sich mit dem im Bund geplanten Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung im Grundschulbereich ab 2026 in den kommenden Jahren ja nur verschärfen. Daher drängt nicht nur das Personalproblem, sondern eben auch die Zeit, die die notwendigen zusätzlichen Ausbildungen bis zu ihrer Vollendung benötigen würden. Wir beantragen daher heute, zusätzlich zehn Stellen für die PiA-Ausbildung und freuen uns über Unterstützung zu diesem Antrag.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Wir haben in den letzten Haushaltsjahren ja hier schon zwei, drei Mal Platzerhöhungen vorgenommen. Da ist die CDU-Fraktion auch immer mitgegangen, aber wir sehen natürlich auch, dass diese PiA-Plätze doch mittlerweile einen großen Betrag auch im Haushalt einnehmen. Diese Plätze sind uns als Stadt zwar lieb, aber sie sind auch teuer, und wir haben jetzt keine Kenntnis von der Verwaltung, also uns ist nichts bekannt, dass es hier auch einen aktuellen Bedarf für eine erneute Erhöhung gibt, und deswegen lehnen wir den Antrag heute ab.

Stadträtin Melchien, (SPD): Ich kann dem Kollegen Bauer zustimmen. PiA ist eine praxisintegrierte Erzieherinnenausbildung, ist ein wirklich sehr gutes Instrument. Sie ist wertvoll, sie ist wichtig und gerade wegen ihr sind wir bundesweit Vorbild bei einer guten Bildung und Betreuung. Sie ist ein ganz wichtiger Baustein beim Fachkräftemangel. Auch hier stimmen wir absolut zu. Wir stehen zu PiA. Es ist eine freiwillige Leistung, sie ist aber für uns unverzichtbar. Wir haben aber klargestellt am heutigen Tag und es mehrfach unter Beweis gestellt, unser Fokus liegt auf Bewahren und Sichern. Wir sind auf einem wahnsinnig hohen Niveau, bundesweit zumindest sehr, sehr hoch. 150 Plätze haben wir gemeinschaftlich beschlossen. Die Kollegin von der CDU ist auch noch drauf eingegangen. Wenn Bund und Land, wie in der Begründung angeführt, hier eben nicht nur uns geringfügig helfen, sondern tatsächlich bereit sind, die Mittel auszuweiten, dann werden wir selbstverständlich unsere Plätze auch noch mal nach oben anpassen, aber 150 ist ein ganz, ganz hohes Niveau, das wir gerne bewahren

möchten.

Stadträtin Fenrich (AfD): Ich würde ganz gerne über die Ordnungszahlen 104 bis 128 sprechen, wenn Sie es erlauben, Herr Oberbürgermeister. Zunächst erlauben Sie mir aber vielleicht einige wenige Worte zu dem ganzen Verhalten, was ich heute hier erlebt habe. Bei der Generaldebatte muss ich sagen, hat es sich um Statements gehandelt, nicht um eine eigentliche Generaldebatte, und was mir sehr bemerkenswert erschien, waren die Ausführungen vom Herrn Kollegen Hofmann, der an sich hier uns dargestellt hat, als würden wir nur im Bereich Soziales und hier insbesondere im Bereich der Migration einsparen wollen. Sehr bemerkenswert fand ich dagegen dann die Replik darauf von, ich glaube, es war Kollege Høyem, der gesagt hat, wir sind hier nicht eine Regierung und eine Opposition, sondern, eigentlich ziehen wir an einem Strang. Dass wir an einem Strang ziehen, habe ich jetzt in der letzten Abstimmung eigentlich nicht sehen können, und das zieht sich durch, wie ein roter Faden seit Anbeginn dieser Legislatur. Gut, da kann man nichts ändern. Ich denke, es wird sich auch nichts mehr ändern. Ich habe ein anderes Verständnis von Demokratie. Das vermisste ich hier bei vielen Teilen im Hause doch sehr, und ich finde es eigentlich bedauernd, denn wenn man gute Anträge hat, kommt es doch nicht drauf an, ob sie von den Linken, von den Rechten, von der Mitte oder sonst jemandem sind, sondern, es kommt darauf an, dass die durchgehen für unsere Bürger, zugunsten unserer Bürger. Denn dafür sind wir doch alle gewählt worden und alle Parteien, die hier vertreten sind, alle Fraktionen, alle Menschen hier sind nach demokratischen Regeln gewählt worden. So, das, jetzt als mein Vorspann.

Jetzt habe ich mir von 104 bis 128 nur einige wenige rausgesucht. Eine Stellenformierung, wie das jetzt hier die PiA-Ausbildung sieht, lehnen wir ab. Das haben wir auch mehrfach schon begründet. Für das Bildungsprojekt SCHEFF kann es aus unserer Sicht, es wurde von vier Fraktionen gefordert, kann es aus unserer Sicht da keine Erhöhung geben. Im Gegenteil, denke ich, haben wir als AfD uns schon Gedanken gemacht, wie wir einsparen können. Wir haben einen desolaten Haushalt. 100 Millionen übergeben wir in den nächsten zwei Jahren, ja, an unsere Bürger weiter, und ich glaube, dass die AfD einen moderaten Vorschlag gemacht hat. Wir haben es uns überlegt, ob wir generell um ein paar Prozente kürzen, haben uns dann aber für dieses Modell, was wir in unseren Anträgen formuliert hatten, auch dafür entschieden. Von daher, eine Erhöhung für SCHEFF können wir leider nicht mittragen. Die Anträge der GRÜNEN, LINKE, CDU, Freie Wähler|FÜR, zum Projekt Perspektive Now! Plus, können wir auch nicht mittragen. Da muss man doch einfach mal sagen, nicht alles, was von europäischer Seite, also EFS, Bund oder Land einmal mitfinanziert wurde, die dann aber irgendwann mal ausgestiegen sind oder aussteigen werden, das können wir doch als Stadt nicht alles auffangen. Wir können doch das unseren Bürgern nicht einfach alles weitergeben. In einer Zeit von leeren Kassen ist das leider nicht möglich.

Was dann hier schon mal angesprochen worden ist, was mir auch aufgefallen ist, ist die städtischerseits zugesagte Aufgabenkritik für den Doppelhaushalt 2024/25, hätte schon viel früher einsetzen können und auch müssen. Skurril, meines Erachtens, mutet dann ein Antrag der LINKEN an auf Erhöhung des Integrationsfonds. Der Integrations- und Flüchtlingsfonds ist 160.000 Euro pro Jahr und DIE LINKEN wollen eine Erhöhung um 40.000 Euro, aber das hat eigentlich das Migrationsbüro überhaupt nicht gefordert, weil die eingesehen haben, dass der Haushalt klamm ist und haben sich dann mit 160.000 Euro begnügt. Bemerkenswert wird es dann bei diversen Anträgen zu LoBiN e.V., Kulturküche. Da geht es von 10.000 bis 120.000 Zuschüsse. Die AfD ist der Mei-

nung, es gibt doch schon sehr viele Kommunikationsecken, Elternkaffees und weitere städtische Dienstleistungen, die speziell an Ausländer gerichtet sind. Das ist den Steuerbürgern einfach nicht zuzumuten. Mit der Gießkanne wollen SPD, LINKE, KAL, dem Freundeskreis Asyl weitere 1.000 Euro zukommen lassen. Es gibt Doppelstrukturen, wir haben Freundeskreis Asyl, wir haben Freunde für Asyl, wir haben die Flüchtlingshilfe Karlsruhe, und da müssen wir Acht geben, dass wir die Steuerbürger in Karlsruhe nicht einfach durch diese Doppelstrukturen und das Geld überlasten. Eine höhere Aufnahmebereitschaft der Karlsruher Geflüchtete, wie das die KAL/Die PARTEI im Antrag 123 formuliert hat, sehen wir angesichts des angespannten Wohnungsmarktes als sehr kritisch an. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende: Wir müssen jetzt wieder an den Anfang springen. Wir sind bei der Ordnungsziffer 104, zehn PiA-Stellen pro Jahr, und den Antrag stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um ein Votum. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Anträge 105 a – c (Seite 257): IB Scheff (GRÜNE, SPD, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.) (FDP), (AfD)

Stadträtin Sardarabady (GRÜNE): Bevor meine Kollegin mit dem Bereich Integration anfängt, würde ich gerne etwas Grundsätzliches zum Thema Integration sagen. Eine wesentliche Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt ist die erfolgreiche Integration der Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen zu uns gekommen sind und bleiben werden. Kommunen haben hier nicht nur Gestaltungsmöglichkeiten, sondern auch die Verantwortung, mit einer aktiven und inklusiven Integrationspolitik das Miteinander vor Ort zu stärken. Dies gilt auch in einer angespannten Haushaltslage. Hier ist es aber besonders wichtig, zu priorisieren und das zentrale integrationspolitische Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, so früh und so gut wie möglich die gleichberechtigte soziale Teilhabe zu fördern sowie nachhaltige Begegnungs- und Dialogmöglichkeiten zu schaffen. Wir GRÜNE haben uns in diesem Haushalt auf zwei Aspekte beschränkt, die für uns eine große integrative Wirkung haben und die maßgeblich für den sozialen Zusammenhalt sind. Erstens, wir befürworten Mentor*innenprojekte aufgrund ihrer Effizienz auf allen Ebenen der Integration, aber auch aufgrund ihres enormen Mehrwerts für die Individuen, die Gesellschaft, aber auch für die Wirtschaft, und zweitens wollen wir die bestehende Arbeit im Bereich Antirassismus und Antidiskriminierung konzeptionell und systematisch vorbringen. Für diese Aufgaben brauchen wir finanzielle Mittel. Verbesserungen im Bereich Integration gibt es nicht zum Nulltarif. Um das bereits Erreichte nicht zu gefährden, sieht der Haushaltsplan bei den integrationsrelevanten Maßnahmen erfreulicherweise keine Reduzierung vor. Die Bedeutung des Karlsruher Integrationsplans, der zahlreichen Unterstützungsangebote und der Willkommensstrukturen, auch in Form des sicheren Hafens für Geflüchtete, wird von der Verwaltung und von allen demokratischen Fraktionen gesehen.

Eigentlich wollte ich kein Wort zu den Anträgen der AfD verlieren, aber die Vorrednerin Frau Fenrich und auch Herr Schmidt, Sie machen es mir leicht, es zu ändern, meine Absicht. Da Sie aber ein Paradebeispiel, also Ihre Anträge sind für mich, für uns, ein Paradebeispiel für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

(Vereinzelter Beifall)

Ich möchte auch aufzeigen, dass die AfD sich mit ihrer unerträglichen Ignoranz selbst demas-

kiert, deshalb fünf Sätze zu Ihren Anträgen grundsätzlich. Es sind sage und schreibe 23 Anträge, die eine Streichung oder Kürzung von integrationsrelevanten Angeboten befürworten. Fassungslos macht mich, dass Sie scheinbar wahllos, völlig undifferenziert und ohne jegliche Kenntnis der Angebote nahezu alles ablehnen, was in irgendeiner Form mit Zuwanderung zu tun hat. Zudem reduzieren Sie die komplexe Gruppe der Zugewanderten völlig wirklichkeitsfremd auf die beiden Begriffe, ich zitiere, Ausländer und Fremde, die keine Bleibeperspektive haben. Es gibt einfach keine anderen Zugewanderten scheinbar. Sie demonstrieren in diesem Haushalt sehr drastisch, dass es Ihnen in erster Linie und ausschließlich darum geht, Zugewanderten insgesamt das Leben so schwer wie möglich zu machen. Genau das ist gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ich bin erleichtert, einem Gemeinderat anzugehören, in dem die AfD mit ihrer menschenverachtenden Haltung der Minderheit angehört und der sich in der Ablehnung von ausgrenzenden Positionen einig ist. Lassen Sie uns weiterhin konstruktiv an der kommunalen Querschnittsaufgabe Integration arbeiten und an einem lebenswerten Karlsruhe für alle, indem wir ungeachtet von Herkunft und ethnischer Zugehörigkeit in gegenseitigem Respekt zusammenleben können.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Lassen Sie mich etwas Grundsätzliches zum Teilhaushalt 5000 sagen. Dieser Haushalt 5000 zeigt sehr deutlich, dass Karlsruhe eine sehr soziale Stadt ist, eine Stadt, die Integration, Migration und viele soziale Aufgaben in hervorragender und sehr engagierter Weise anpackt und umsetzt. Deswegen glauben wir, dass das Wichtige ist, dass wir dies, was wir erreicht haben, in unserer sozialen Stadt Karlsruhe erhalten können. Wir können aber auch nicht weiteren Erhöhungen oder Ausweitungen zustimmen. Wir sind froh, wenn wir in dieser schwierigen Haushaltslage diese sozialen Aufgaben in diesem Umfang weiter erledigen können. Deswegen werden wir, was Erhöhung und Ausweitung von Anträgen kommt, ablehnen. Lassen Sie mich kurz was zu diesen Streichanträgen der AfD sagen. Sie machen mich zum großen Teil sprachlos, weil sie irgendwie die Geisteshaltung der AfD verdeutlichen und nach außen darstellen. Wir werden diesen Streichungen in keiner Weise zustimmen. Wir möchten, dass Karlsruhe die soziale Stadt bleibt und nicht noch weitere Abstriche in diesem Bereich gemacht werden. Es fällt uns schwer, manches, was wir gerne täten, würden wir auch keine Anträge diesmal stellen. Und was auch zu betonen ist in diesem Zusammenhang, dass die freien Träger auch sehr wohl verstanden haben, welche Haushaltslage wir haben, und das sieht man auch, dass kaum Anträge von freien Trägern uns vorliegen. Dazu auch meinen herzlichen Dank an die freien Träger, die diese soziale Stadt auch dadurch unterstützen, dass es möglich bleibt, hier mit den freien Trägern und mit diesem guten Konzept im Sozialbereich weiterzuarbeiten.

Dann möchte ich gerne noch zu dem eigentlichen Antrag SCHEFF sagen, SCHEFF bekommt Geld und was wir nicht eben zustimmen können, ist die Erhöhung, weil was aufläuft, dass die Stadt einspringt. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen.

Stadtrat Zeh (SPD) Ich spreche jetzt auch zum Tagesordnungspunkt 6 im Gemeinderat, das ist die Migrationsbeiratsliste und den Punkt 105 bis 117.

SCHEFF macht hervorragende Arbeit, das haben wir auch schon mehrfach hier in Ausschüssen diskutiert. Die ergänzende Betreuung für Berufsschüler in Deutsch und in Mathematik, um ihre Ausbildung zu bestehen, ist hervorragend, und auch die Erfolgsquote zeigt das dementsprechend. Jetzt sind die ESF-Mittel ausgelaufen. Dieses Programm hat aber schon vorher gesagt, dass es die ESF-Mittel als Anschubfinanzierung bekommt und wir sind deshalb auch

froh, dass jetzt hier die klare Situation ist, und wir stellen den Antrag und auf die Erhöhung haben wir ja gemeinsam mit anderen Fraktionen auch gestellt, ohne Sperrvermerk, weil klar ist, die kriegen die ESF-Mittel nicht. Genauso verhält sich es auch bei Perspektive Now! Plus. Hier werden Tandems gebildet, um auch hier die Integration zu fördern und hier voranzukommen mit der Integration unserer Mitbürger. Auch die Empfehlung des Migrationsbeirats, diese Corona-bedingten Ausfälle an Schulen über Rückenwind zu fördern mit Sperrvermerk, auch diese Erhöhung mit Sperrvermerk des Migrationsbeirats als zweiter Punkt tragen wir mit. Für uns als SPD haben die Landesmittel von Rückenwind Vorrang und die Sperrvermerke können nur aufgehoben werden unter besonderen Randbedingungen, was man im Ausschuss dann entsprechend auch diskutieren muss, wann das ist.

Jetzt aber auch noch mal ein paar Worte zu den drei AfD-Stadträten, die hier im Gemeinderat sitzen. Das macht einen wirklich wütend. Letztendlich, wer weiß, wie Spenden funktionieren, weiß, auch in Karlsruhe sind alle Organisationen, die sich mit Tieren beschäftigen, wie der Zoo oder das Tierheim, oder mit Kindern beschäftigen, die kriegen reichlich Spenden, aber letztendlich andere Sachen, wenn es um sozial Benachteiligte oder Armut geht, da ist die Spendenbereitschaft schon deutlich zurückhaltender. Sie wollen das jetzt alles kürzen unter dem Motto Sparhaushalt, aber hinter diesem Kürzungsgedanken steht ganz klar für mich eine fremdenfeindliche Absicht, muss ich sagen.

(Vereinzelter Beifall)

Wenn ich die Rede von Frau Fenrich eben gehört habe, die unterschieden hat, zwischen unseren Bürgern, denen sie solche Ausgaben nicht zumuten können und dagegen speziell Ausländerprogramme, dann unterstreicht es doch ganz klar, dass Sie als Karlsruher Stadträte genau diese fremdenfeindliche Position vertreten. Auch ist letztendlich Ihr Verständnis von Demokratie scheinbar ein etwas anderes. Bitte lesen Sie doch mal im Grundgesetz den ersten Artikel, da wird nicht von Deutschen geredet, sondern von Menschen, und wir haben alle die Aufgabe hier, uns für die Menschen einzusetzen. Auch zumindest die EU-Bürger können hier im Gemeinderat vertreten sein, sind im Gemeinderat vertreten und wählen auch unseren Gemeinderat mit, und deshalb sind auch diese Menschen, die hier zu uns zuwandern, Deutsche, nicht unter fremdenfeindlich zu verstehende, sondern sind Bürger hier in Karlsruhe und das müssen Sie bitte mal zur Kenntnis nehmen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Nach den Angriffen möchte ich ganz klarstellen, wir sind nicht fremdenfeindlich, und wir haben auch nichts gegen Migranten insgesamt. Wir haben auch nichts dagegen, dass es diese Programme gibt, auch wenn sie sich nur an einzelne Bevölkerungsgruppen richten, die durch ihre Abstammung definiert sind, wo wir ein Problem haben im Grundgesetz an der Stelle, weil es sind ja Dienste, die sich auf eine bestimmte Gruppe richten, die anhand ihrer Abstammung definiert ist. Wir haben nichts dagegen, dass es diese Programme gibt, wir sind nur der Meinung, dass die Stadt da zu viel Zuschüsse leistet und dass die Stadt Strukturen finanziert, die parallel laufen, und das haben wir mit unseren Anträgen zum Ausdruck gebracht. Natürlich sind Sie anderer Meinung und natürlich können Sie anhand unserer Meinung zeigen, dass Sie ganz anderer Meinung sind. Also, seien Sie doch froh, dass es uns gibt und unsere Meinung, weil da können Sie sich ganz deutlich abgrenzen und Ihre Positionen klarmachen. Meinungsvielfalt ist halt immer schwer zu ertragen für alle Beteiligten.

Der Vorsitzende: Wir haben gerade eine Mischung aus einer Generaldebatte zu diesem Kapitel und diesem Thema SCHEFF und deswegen, Frau Großmann, muss ich Sie hinten drannehmen in der zweiten Runde. Wenn es jetzt Wortmeldungen gibt, die beides mischen, kann ich nicht sagen: Hör jetzt auf, wir machen es nachher, jetzt müssen wir es so durchziehen. Ich finde, es passt aber von der allgemeinen Debatte jetzt gerade ganz gut und dann kommen Sie noch mal dran, um dann noch mal die Haltung zu SCHEFF hier zu begründen.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Unser Grundanliegen ist, dass Menschen in diesem Land, egal welchen Hintergrund sie haben, wirklich Gemeinschaft bilden, dass hier ein Zusammenhalt existiert, und dafür müssen wir als Stadt schon investieren, das ist gar keine Frage, und wir machen das bis jetzt auf hohem Niveau, das muss man auch sagen. Wir sind auf einem guten Weg, dass Menschen eben nicht fallengelassen werden, sondern hineingeführt werden in die Mitte der Gesellschaft. Deswegen, unser Abstimmungsverhalten wird so sein, dass wir grundsätzlich sagen, das gute Niveau wollen wir beibehalten und bei zwei Dingen werden wir zustimmen, aber insgesamt sagen wir, unser Niveau ist gut, wir werden im Sozialbereich genauso abstimmen, weil wir sagen, das sind in vielen Bereichen die Spitze und diese Spitze zu halten, ist ganz viel wert, denn wir müssen nicht überall nur draufsatteln. Das Problem der ESF-Mittel an der Stelle sehe ich genauso, dass wir es mit der Absicht begonnen haben, auch weiterzuführen, und insofern müssen wir jetzt auch dranbleiben.

Stadträtin Großmann (GRÜNE): Nach der längeren Debatte möchte ich jetzt für uns und für die Parteien, die mit uns den Antrag für SCHEFF und Perspektive Now! Plus gestellt haben, erläutern. Perspektive Now! und SCHEFF sind zwei überaus bewährte, langjährige Projekte. Sie waren bisher in der ESF-Förderung, die jetzt weggefallen ist. ESF war nur als Anschubfinanzierung gedacht. Da der Migrationsbeirat von der Notwendigkeit der Fortführung auf dem gleichen Niveau überzeugt ist, hat er sich in seinen Empfehlungen aufgrund der Haushaltslage fokussiert und beschränkt. Das ist für uns sehr wichtig, dass es hier erwähnt wird. Es geht hier um insgesamt fünf Maßnahmen, die wir alle befürworten. Die Veränderungen der Höhe der Zuwendung wurden bereits geprüft und anschließend vom Migrationsbeirat befürwortet. Wir bitten dementsprechend um die Einstellung der Mittel in voller Höhe. SCHEFF trägt dazu bei, dass mit der Unterstützung der Lehrkräfte dem Fachkräftemangel entgegengewirkt wird. Unbegleitete ausländische Minderjährige erhalten zum Schulunterricht zusätzlich Deutsch und Mathe, und ihre Bemühungen zur Integration in das Berufsleben werden unterstützt. Ich war selbst an einer beruflichen Schule tätig und kann bestätigen, dieses zusätzliche Angebot ist der Schlüssel zu einem guten Abschluss. Ziel ist auch hier die Stabilisierung und Verbesserung der schulischen Leistung, aber auch der Ausbildungsreife, und wir wissen, persönliche Ansprache und Förderung beschleunigt den Lernprozess und führt deshalb schneller zum Ziel. Auch hier, beim Projekt SCHEFF, ist die Beziehungsarbeit ein ausschlaggebender Faktor, was auch von den betreffenden Schulleitungen sehr stark unterstützt wird. Perspektive Now! Plus ist ein Tandemprojekt des Internationalen Begegnungszentrum und ist sehr erfolgreich. Es dient der Unterstützung der schulischen, sozialen, kulturellen und vor allem auch der beruflichen Integration junger Migrant*innen und Geflüchteter. Die Zahlen sprechen für sich, weit über 100 Tandems haben bereits dieses Projekt durchlaufen, was uns GRÜNE davon überzeugt hat, dass die Fokussierung auf die berufliche Integration in diesem Fall genau das Richtige ist. Wir haben den Antrag gestellt, weil viele Teilnehmende danach ihre Berufsausbildung erfolgreich beendet haben und jetzt als Fachkräfte übernommen wurden. Es gibt auch diese professionellen Workshops für Demokratiebildung, und wie es sich jetzt herausstellt, was wir schon länger wissen, in der heutigen Zeit

ist die Reflexion über Demokratiebildung wichtiger denn je.

Zuletzt möchte ich noch auf die drei Bildungsmaßnahmen auf der Empfehlungsliste eingehen. Es geht um Bildungsberatung IB, BIZUKI und PaxxAn. Diese drei Maßnahmen helfen, die Landdefizite im Übergang in andere Schularten und beim Schulabschluss aufzuholen. Gleichzeitig wird die deutsche Sprache in den Fokus genommen. Corona hat gerade bei Sprachanfänger*innen und bei Schulabgänger*innen zu großen Lücken im Lernstoff geführt. Uns haben hier die Ausrichtung und die Bedingungen, unter denen diese Maßnahmen durchgeführt werden, überzeugt. Die Aufstockung ist als Ergänzung zum Programm Rückenwind von der Landesregierung gedacht und hat deshalb einen Sperrvermerk. Wir befürworten diese fünf Maßnahmen.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortmeldungen. Ich möchte noch mal zur inhaltlichen Aufstellung oder auch zu bestimmten Fakten einfach noch mal zwei Dinge bemerken. Ich möchte feststellen, dass ich nicht den Gegensatz sehe zwischen Steuerbürgern und Fremde, weil auch Fremde in dieser Stadt Steuern zahlen, wenn sie arbeiten. Das ist eine nicht realistische Trennung der Gesellschaft in zwei Bereiche. Zweiter Punkt, ich kann auch bei den meisten dieser Programme nicht erkennen, dass das was mit Abstammung zu tun hat, sondern, es hat was mit Status zu tun. Eine syrische Familie, die seit vier Generationen hier wohnen würde, hätte nicht die Möglichkeiten, an diesen Geflüchtetenkursen teilzunehmen. Umgekehrt, Sie haben es eben ausgeführt, Frau Großmann, gibt es ganz viele Kurse, die den Übergang Schule - Beruf organisieren, und da hat natürlich auch der Jugendliche mit deutschem Pass, der aber wegen irgendwelcher Integrationshemmnisse diese Unterstützung braucht, seinen Zugang. Deswegen stimmt auch diese Aussage nicht. Das möchte ich einfach noch mal an der Stelle deutlich machen.

Gut, wir arbeiten jetzt uns durch die verschiedenen Anträge. Ich rufe jetzt noch mal auf 105 a - c, da geht es um SCHEFF. Wenn ich das richtig verstehe, geht es immer um eine Erhöhung um diese 36.500 Euro bzw. 40.300 Euro in den beiden Anträgen der FDP und des Sammelantrags GRÜNE, SPD, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE. und die stelle ich jetzt zur Abstimmung, beide zusammen und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Dann rufe ich auf den Antrag der AfD, der sich damit aber eigentlich erledigt hat, denn dieselbe Mehrheit wird jetzt vermutlich nicht noch streichen. Insofern, wenn Sie einverstanden sind, verzichte ich jetzt auf eine Abstimmung.

Antrag 106 (Seite 257): Reduzierung des städtischen Zuschusses und weitere Finanzierung durch Dritte beim IB Bildungsberatung (AfD)

Ich bitte hier um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 107 (Seite 257): IBZ – Reduzierung Miet-, Betriebskosten-, Personalkostenzuschuss (AfD)

Da es sich hierbei um das IBZ handelt, wird sich Frau Dr. Sardarabady als befangen erklären. Es geht hier auch um die Reduzierung diverser Zuschussbestandteile, ein AfD-Antrag, und den würde ich jetzt auch zur Abstimmung stellen. – Das ist eine **Ablehnung**.

Wenn Sie einverstanden sind, Herr Dr. Schmidt, würde ich 108 und 109 zusammennehmen, weil es beides Programmbestandteile beim IB sind. Können wir so verfahren?

Anträge 108 und 109 (Seite 257): IB Dolmetscherpool und IB Hausaufgabenbetreuung für Sinti- und Roma-Kinder

Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist auch eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Anträge 110 a – c (Seite 257): IBZ - Projekt Perspektive Now! Plus (GRÜNE, SPD, KAL/Die Partei, DIE LINKE.), (CDU, FW|FÜR), (AfD)

Hier beantragen zwei der Antragsteller auch noch einen Sperrvermerk für die Erhöhung. Jetzt stimmen wir erst mal über die Erhöhung ab. Da geht es um diese, Moment, wo haben wir es, 41.700 Euro.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Wir wollten schon unseren Antrag kurz noch mal erläutern, und zwar grundsätzlich als CDU-Fraktion fordern wir Integration, und damit diese gelingt, wollen wir sie auch fördern und insbesondere bei Projekten, wo wir eine Nachhaltigkeit auch erkennen können, das ist bei Perspektive Now! Plus der Fall, im Unterschied zu dem, dass wir sonst ja keine Zuschusserhöhungen in diesem Haushalt mitgehen, sehen wir hier diese Erhöhung nicht als eigentlichen zusätzlichen Zuschuss, sondern bedingt durch den Wegfall des ESF-Schirms. Das Projekt unterscheidet sich von anderen vor allem da drin, dass eben nicht nur Sprache, die deutsche Sprache vermittelt wird, sondern hier auch durch Kontakte, durch Austausch ein Zugang auch in das gesellschaftliche Leben ermöglicht wird, und das ist uns wichtig hier als CDU. Insofern würden wir uns natürlich wünschen, wenn die Verwaltung es möglich machen kann, es durch eine Umschichtung zur Verfügung zu stellen, wäre uns das sicherlich nochmals genehmer, aber grundsätzlich unterstützen wir dieses gute Projekt.

Der Vorsitzende: Aber der weitergehende Antrag ist jetzt erst mal ohne Sperrvermerk, weil wir damit das Geld ja einfach zur Verfügung stellen. Das ist der interfraktionelle **Antrag GRÜNE, SPD, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.**, und das stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **große Mehrheit**. Da die große Mehrheit jetzt ohne Sperrvermerk schon zustande gekommen ist, brauchen wir den Sperrvermerk nicht noch mal separat abstimmen.

Dann ist die Frage, Herr Dr. Schmidt, damit hat sich eigentlich Ihr Antrag auch wieder erle-

digt. Das sehen Sie auch so. **Antrag Nr. 110 c** hat sich damit auch **erledigt**.

So, jetzt kommen wir aus dem IBZ wieder weg. Jetzt kann Frau Dr. Sardarabady wieder hinzustoßen.

Anträge 111 und 112 (Seite 257): IB PaxxAn (AfD) und IB Quereinsteiger (AfD)

Da können wir 112 auch mit dazu nehmen, das ist auch beim IB Quereinsteigerprojekt. Dann bündeln wir das so ein bisschen immer nach Träger. Also, ich rufe auf 111 und 112 und bitte um Ihr Votum. – **(Ablehnung)**

Antrag 113 (Seite 257): BIZUKI (AfD)

Auch hier eine Reduzierung des Zuschusses. Auch hier bitte ich um Ihr Votum. – **(Ablehnung)**

Antrag 114 (Seite 257): Karlsruher Integrationsplan, Streichung des Zuschusses (AfD)

Hier bitte ich um Ihr Votum. – **(Ablehnung)**

Antrag 115 (Seite 257): Maßnahmen Ausländerbetreuung-Projekte (AfD)

Auch hier eine **Streichung** und bitte wiederum um Ihr Votum. – **(Ablehnung)**

Antrag 116 (Seite 257): Erhöhung des Budgets des Karlsruher Integrations- und Flüchtlingsfonds (DIE LINKE.)

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Nur ganz kurz. Ich denke, es ist wichtig, dass gerade in diesen schwierigen Zeiten die Spielräume für den AK Migrationsbeirat offengehalten werden. Wir haben jetzt gerade eine Situation, es wurde ja auch beschrieben, dass keine Forderungen von der Seite der Mitglieder des AK gestellt wurden über die Liste A hinaus. Wir haben die Situation, dass die Behörde im Prinzip empfohlen hat, die Liste B abzulehnen, und wir glauben aber, dass es gerade jetzt in dieser Zeit besonders wichtig ist, diese Begegnungsmöglichkeiten zu verstärken, zu nutzen, und wir sind uns alle selbst im Klaren über unsere Aktivitäten. Wir brauchen eher mehr als weniger, schon alleine größere Räume und einfach mehr Geld auch, um diese größeren Räume zu finanzieren, was man jetzt in Corona alles zu beachten hat. Für die Migrantinnen und Migranten ist der Kontakt mit den deutschstämmigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern extrem wichtig, weil, nur so funktioniert Integration, Teilhabe und all diese Mitmachmöglichkeiten in unserer Stadtgesellschaft, und allein deshalb braucht es mehr Spielräume in diesem Bereich. Wir bitten deshalb tatsächlich, hier den Fonds um entsprechend 40.000 Euro aufzustocken.

Stadträtin Großmann (GRÜNE): Wir möchten diesem Antrag zustimmen, weil wir ebenfalls finden, dass im Migrationsbeirat immer wieder spontan Projekte vorgestellt werden und auch abgestimmt werden, und gerade jetzt, wo wir vielleicht noch mehr Zulauf haben bzw. noch mehr Mitbürger*innen vielleicht mitversorgen können mit diesem Antrag, möchten wir auch diese Gelder beantragen. Ich habe aber noch die Frage, wie ist das mit den Bildungsmaßnahmen? Werden wir die noch extra abstimmen auf der Empfehlungsliste? Das weiß ich jetzt nicht.

Der Vorsitzende: Die kommt dann nachher noch unter TOP 6.

Dann können wir jetzt über diesen Antrag abstimmen, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **ablehnende Mehrheit**.

Antrag 117 (Seite 258): Tiyyatro-Theaterprojekte an Schulen (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Da ist, glaube ich, ein Vorzeichenwechsel passiert, also, wir wollen das reduzieren, nicht aufstocken.

Der Vorsitzende: Stimmt, steht bei mir auf der Liste. Ich soll noch mal drauf hinweisen, dass es fälschlicherweise positiv dargestellt wurde. Also, ich meine jetzt, die Ziffer ist positiv dargestellt worden, nicht mit einem Minus versehen.

Dann können wir gleich zum Abstimmen kommen, und ich bitte um Ihr Votum. – (**Ablehnung**)

Stadträtin Göttel (DIE LINKE): Ich habe Nein gestimmt.

(Heiterkeit)

Der Vorsitzende: Wir nehmen zur Kenntnis, dass wir der Frau Göttel das abnehmen.

Anträge 118 a – f (Seite 258): Kulturküche und den Verein LoBiN e.V. (KAL/Die PARTEI), (DIE LINKE.), (Bürger/Einwohner), (FDP), (GRÜNE), (AfD)

Hier geht es im Wesentlichen um die **Erhöhung des Zuschusses um einmal 120.000 Euro**, dann habe ich **zwei Anträge mit 100.000, einen mit 70.000 und einen mit 10.000**, und dann gibt es die Forderung, das Ganze **um 20.000 Euro zu reduzieren**, das ist der **AfD-Antrag**. Jetzt haben im Grunde alle Anträge gestellt.

Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI): Seit der Eröffnung der Kulturküche in den Räumen der Alten Seilerei hat sich aus unserer Sicht das Konzept sehr bewährt und auch der Ort etabliert. Es geht da um Begegnungs- und Vernetzungsmöglichkeiten und dazu noch bei einem sehr günstigen gastronomischen Angebot. Nebenbei werden auch hier inklusive Beschäftigungsmöglichkeiten geboten für die Menschen, die dort arbeiten. Dann, Sie haben es jetzt vielleicht in den letzten Tagen in der BNN gelesen, mit der Kraft-Netz-Stiftung Karlsruhe, dass die auch aus der Kulturküche heraus entstanden ist. Es sollen eben Wege aus der Einsamkeit gefunden werden und um den O-Ton der Kulturküche zu gebrauchen, raus aus der Einsamkeit und Isolation, rein ins Leben und starke Gemeinschaften. Zur finanziellen Absicherung und Stabilisierung dieses sozio-kulturellen Ortes und zur Defizittilgung benötigt die Kulturküche hier unsere Unterstützung.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Die Kulturküche ist tatsächlich eine herausragende Einrichtung in unserer Stadt, die eigentlich kaum einem Amt zugeordnet werden kann, denn sie ist gleichzeitig eine Kultureinrichtung, eine soziale Einrichtung, eine integrative Einrichtung,

eine interkulturelle Einrichtung, eine inklusive Einrichtung und sie ist auch eine Einrichtung, die sich quasi als Stadtteileinrichtung außerordentlicher großer Beliebtheit erfreut. In den wenigen Jahren, in denen sie existiert, ist es ihr mit erheblichen Spendenmitteln gelungen, diese Einrichtung selbst zu finanzieren, aber jetzt hat sie in ihren Aufgaben, die sie sich gestellt hat, einen Umfang angenommen, der einfach eine Erhöhung erforderlich macht, wobei wir GRÜNEN diesem Antrag, der wohl auch von ihr gestellt wurde, in diesem hohen Umfang natürlich so nicht zustimmen können, einmal natürlich wegen der Haushaltslage, aber auch zweitens, weil es sicher notwendig ist, dass die Kulturküche auch noch mal überprüft, wie sie künftig mit ihren Aufgaben umgeht, denn ein Erhöhungsantrag in diesem Umfang kann natürlich nicht von einem Jahr zum nächsten auch gewährleistet werden. Aber angesichts der Gespräche, die wir auch noch mal geführt haben, würden wir jetzt vorschlagen als Änderungsantrag, dass wir unseren Antrag, der 10.000 Euro beinhaltet, auf 30.000 Euro erhöhen und würden das als Vorschlag hier jetzt hier in die Beratungen einbringen.

Stadtrat Hock (FDP): Meine Kollegin Rastätter hat ganz vieles genannt, was dort an vorbildlicher Arbeit über Jahre getan wurde. Wenn man mal dort war und die Mittagstische verfolgt hat, was dort geboten wird, dann muss man wirklich sagen, hätten wir vonseiten der Stadt vor Jahren gesagt, wir müssen es mal evaluieren und mal schauen, wie es sich so entwickelt, dann müsste man heute sagen, das hat sich so gut entwickelt wie fast kein Projekt. Es sind viele Projekte in der Stadt, die sich gut entwickeln, aber wenn man das anschaut, muss man wirklich sagen, das ist ein Vorzeigeprojekt. Wenn man weiß, dass die umfangreiche Arbeit, die dort getan wurde, auch mit Spenden möglich war und jetzt einige Spenden weggebrochen sind, dann ist für meine Fraktion aber eines unerlässlich, dass wir die Arbeit von LoBiN, die über Jahre jetzt in dieser Größenordnung auch jeden Tag in der Östlichen Kaiserstraße gebracht wird, dass wir die auch nicht untergehen lassen dürfen. Deshalb meine Fraktion hat eine Zuschusserhöhung jährlich von 70.000 Euro auf den Weg gebracht, und wir bitten die Fraktionen, auch die GRÜNEN-Fraktion, sich einem höheren Betrag anzuschließen, weil eines ist klar, LoBiN braucht dieses Geld, um diese vorbildliche Arbeit, die dort geleistet wird über die Jahre, weiterzumachen.

Stadträtin Wiedemann (CDU): LoBiN e.V. macht eine gute Arbeit. Es ist eine gute Einrichtung, die sich auch selbstständig weiterhin etablieren wird, und ich knüpfe nur an das an, was wir im Vorfeld gesagt haben. Wir stimmen keiner Erhöhung der Zuschüsse zu.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Die Kulturküche ist ein echtes Juwel und wer da mal war, der weiß, wie ansteckend die Einrichtung ist, und wir wünschen dem Verein, dass er auch eine nachhaltige Finanzierung auf die Beine stellt. Die 120.000 Euro sind tatsächlich sehr viel gefordert. Wir denken auch, dass es langfristig nicht sinnvoll ist, mit so großen Zuschüssen zu arbeiten. Also, man muss einen Weg finden, wie man selber auch so viele Einnahmen oder anderswo Spenden generiert, dass man wirklich dieses erreichen kann, was man sich vorgenommen hat. Wir möchten aber sukzessiv dem Verein helfen, weiterzuarbeiten und auch zu wachsen und würden an der Stelle dann den GRÜNEN auch mit dem Änderungsantrag auf 30.000 Euro Förderung pro Jahr folgen.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Wer Sarah Tzitzikos mit ihrem Team mit diesem Tatendrang und dieser Herzenswärme einmal erlebt hat und was dort in der Kulturküche alles an Sozialkulturellem passiert, kann man eigentlich nicht sagen, man stimmt nicht einer Erhöhung zu. Bisher hat sie sich da wirklich tapfer geschlagen, aber natürlich ist es in Bezug auf die Spen-

den auch Corona geschuldet, dass sich da viele zurückziehen oder auch zurückziehen müssen. Ursprünglich wollten wir dem Antrag der GRÜNEN folgen, die jetzt erhöht haben, und wir werden auch hier mitgehen, also 30.000 Euro im Jahr sind eigentlich Peanuts, einfach um dieses Projekt weiter am Leben zu halten und diese wertvolle Arbeit, die jetzt eben, Kollege Haug hat es, glaube ich, erwähnt, um diese Kraft-Netzwerke ergänzt wird, um das weiter zu unterstützen.

Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI): Wir ziehen unseren Antrag zurück.

Der Vorsitzende: DIE LINKEN haben uns mitgeteilt, dass der Antrag auf 120.000 Euro hochgezogen werden soll von ihnen. Insofern haben wir jetzt nach wie vor trotzdem einen Antrag von 120.000 Euro, es sei denn, es sei falsch bei uns angekommen. Dann gibt es einen Antrag von 100.000 Euro. Das ist ja der Antrag, der von der Kulturküche selber kommt. Dann gibt es die 70.000 und die 30.000, und dann gibt es die Kürzung um 20.000. Nur dass Sie noch mal wissen, was jetzt da so alles hintereinander kommen wird.

Dann stelle ich jetzt zunächst den **Antrag der LINKEN** zur Abstimmung, dass wir **jedes Jahr 120.000 Euro einstellen**. Stimmt das nicht, Frau Göttel?

Stadträtin Göttel (DIE LINKE): Entschuldigung, ich meine, wir hätten die 100.000 Euro nicht verändert.

Der Vorsitzende: Es steht 100.000 Euro drin, aber von einem Telefonanruf steht hier, dass Sie das auf 120.000 Euro erhöhen wollen. Das haben Sie im Rahmen der Vorberatung im Jugendhilfeausschuss mitgeteilt. Okay, dann ist gut. Dann haben wir die 120.000 Euro alle weg und stimmen jetzt über **100.000 Euro** ab. Ich möchte dazu sagen, falls wir da heute überhaupt ein positives Votum bekommen, dann sollten wir aber unser entsprechendes Fachdezernat bitten, über das, was wir dann dort mitfinanzieren, auch in eine vernünftige Vereinbarung zu gehen, und die würde ich dann gerne auch im Fachausschuss noch mal jeweils diskutieren, weil unabhängig davon, ob es am Ende 120.000 oder 50.000 sind, kommen wir da in Dimensionen rein, wo man einfach wissen muss, was man dann konkret an Bestandteilen dort mit fördert. Weil das doch ein sehr komplexes Gebilde ist, wäre es, glaube ich, ganz wichtig, dass die Stadt weiß, für welche Bereiche dann da auch dieses Geld eingesetzt wird. Da sind Sie mit uns einig.

Jetzt kommt der **Antrag mit den 100.000 Euro jedes Jahr zusätzlich** und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

Dann kommt der **Antrag der FDP mit den 70.000 Euro**, und da bitte ich um Ihr Votum. – Auch das ist eine **breite Ablehnung**.

Jetzt kommt der von den **GRÜNEN auf 30.000 Euro veränderte Antrag** zur Abstimmung, also 30.000 Euro zusätzlich, und da bitte ich um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine **deutliche Mehrheit**. Ich denke, dass sich damit der **AfD-Antrag auf Streichung erledigt** hat. Dann haben wir auch diesen Komplex jetzt hier abgeschlossen.

Wir unterbrechen die Sitzung um 20 Minuten, dass wir noch mal durchlüften, und dann machen wir den Endspurt durch den Jugend- und Sozialbereich, vielen Dank. Wir treffen uns

hier wieder um 18:10 Uhr, und ich finde es gut, wenn wir pünktlich beginnen. Dann sind wir nämlich annähernd kurz nach 19:00 Uhr fertig für heute.

(Unterbrechung der Sitzung von 17:50 Uhr bis 18:10 Uhr)

Anträge 119 a - d (Seite 258): Freundeskreis Asyl (DIE LINKE.), (KAL/Die PARTEI), (SPD), (AfD)

Stadträtin Melchien (SPD): Von uns ist nicht der weitestgehende Antrag, aber ich spreche gerne zu Beginn. Der Freundeskreis Asyl ist in Karlsruhe etabliert. Sie leisten fachlich hochwertige Arbeit, helfen den Menschen und geben ihnen die notwendige Unterstützung. Hier ist im allgemeinen Zuschuss keine Dynamisierung vorgesehen. Wir wollen hier nachbessern. Deswegen haben wir den Antrag gestellt, einfach geringfügig eine Zuschusserhöhung vorzunehmen und hoffen hierbei auf Ihre Unterstützung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann machen wir es mal so herum. Der weitestgehende Antrag ist, den gesamten Zuschuss zu streichen. Dann würde ich den AfD-Antrag jetzt mal zuerst aufrufen. Das ist der **Antrag 119 d**, und ich bitte Sie um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt kommen wir in die **Erhöhungsanträge**. Da ist der weitestgehende der der **LINKEN** mit **6.667 Euro**. Da bitte ich um Ihr Votum. – Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann kommt der **Antrag der Karlsruher Liste/Die PARTEI** über **6.000 Euro**. Da bitte ich um Ihr Votum. – Auch das ist **abgelehnt**.

Dann kommt der **Antrag der SPD** über eine **Erhöhung um 2.000 Euro**. Da bitte ich Sie um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Annahme**.

Antrag 120 (Seite 258): Caritas und Diakonisches Werk, Beratungsstelle, Reduzierung des städtischen Zuschusses und weitere Finanzierung durch Dritte (AfD)

Ich sehe jetzt keine Wortmeldung, dann können wir es gleich zur Abstimmung stellen und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag 121 (Seite 258): Freunde für Fremde, Streichung des Zuschusses (AfD)

Auch hier können wir gleich abstimmen. – **(Ablehnung)**

Antrag 122 (Seite 258): Flüchtlingshilfe Karlsruhe, Reduzierung des städtischen Zuschusses und weitere Finanzierung durch Dritte (AfD)

Auch hier stimmen wir gleich ab. – **(Ablehnung)**

Antrag 123 (Seite 258): Aufbau Kapazitäten für Geflüchtete (KAL/Die PARTEI)

Gibt es Wortmeldungen? Das ist auch nicht der Fall. Dann stellen wir den jetzt zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – **(Ablehnung)**

Antrag 124 (Seite 258): Verein zur Unterstützung traumatisierter Migranten -Reduzierung des städtischen Zuschusses und weitere Finanzierung durch Dritte (AfD)

Ich bitte auch hier ein Votum. – **(Ablehnung)**

Anträge 125 und 126 (Seite 258): Caritas (AfD)

Dann würde ich vorschlagen, dass wir wieder in die Zusammenfassung gehen, und ich würde Ordnungsziffer 125 und 126 gemeinsam aufrufen, zwei Anträge der AfD, die beide was mit der Caritas zu tun haben, einmal der Sozialberatung und einmal das Integrationsmanagement, und bitte um das Votum. - **(Ablehnung)**

Antrag 127 (Seite 258): Maßnahmen Ausländerbetreuung und sonstige Projekte, Streichung des Zuschusses (AfD)

Auch hier bitte ich um Ihr Votum. – **(Ablehnung)**

Antrag 128 (Seite 258): COLA TAXI OKAY, Reduzierung des städtischen Zuschusses und weitere Finanzierung durch Dritte (AfD)

Auch hier stimmen wir gleich ab. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich rufe auf den **TOP 6** unserer eigentlichen Gemeinderatstagesordnung. Wir sind immer noch auf der **Seite 257/258, Beschlussvorlage für den Haushalt, Aufstockung der vom Arbeitskreis Migrationsbeirat empfohlenen Maßnahmen**, im Migrationsbeirat im 10. November 2021 vorberaten. Gibt es dazu Wortmeldungen? Dann bitte ich Sie um Ihr Votum. – Irgendwie haben sich da ein paar verabschiedet. Sollen wir die Abstimmung noch mal wiederholen? Es ist, glaube ich, nicht mehr Mehrheiten verändernd, aber wir wiederholen die Abstimmung noch mal.

Es geht um die **Beschlussvorlage der Verwaltung**, die vom **Migrationsbeirat empfohlenen Maßnahmen**, und bitte Sie um Ihr Votum, **TOP 6**. Brauchen Sie eine Unterbrechung? Jetzt sind alle abstimmungsfähig.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich wollte mich jetzt nur vergewissern, es geht um die Beschlussvorlage 2021/1422, die wir jetzt abstimmen, die im Migrationsbeirat beraten wurde und in der die Verwaltung nicht empfiehlt, diese Liste B anzunehmen, um diese Vorlage geht es oder habe ich das jetzt falsch verstanden? Aufgrund der aktuellen Finanzlage und der erwarteten finanziellen Entwicklung kann eine Ausweitung nicht erfolgen.

Der Vorsitzende: Das ist gut, dass Sie das noch mal ansprechen, weil das, glaube ich, vielleicht verwirrend ist. Der Arbeitskreis Migrationsbeirat empfiehlt eine ganze Reihe zusätzlicher Maßnahmen, und wir empfehlen Ihnen in der Beschlussvorlage, das nicht zu tun, nur damit einfach klar ist, worum es geht, genau. Möglicherweise sehen es ja jetzt andere noch mal anders. Also, wer jetzt zustimmt, lehnt die Vorschläge aus dem Migrationsbeirat ab. Nicht ganz, Frau Stadträtin Großmann, helfen Sie mir auf die Sprünge.

Stadträtin Großmann (GRÜNE): Ich weiß es nicht, aber deshalb habe ich vorhin gefragt. Wir

haben fünf Projekte auf der Empfehlungsliste vom Migrationsbeirat, SCHEFF, Perspektive Now! Plus, PaxxAn, BIZUKI und Bildungsberatung. Zwei haben wir ja schon abgestimmt und die drei, die Bildungsmaßnahmen, die auf der Empfehlungsliste stehen, die haben mir vorhin gefehlt. Deshalb denke ich, dass es hier darum geht, dass wir die Bildungsmaßnahmen noch mal einzeln abstimmen müssten. Das war so meine Idee dazu, aber ich muss jetzt zugeben, das, was Sie jetzt haben, das liegt mir jetzt gerade nicht vor. Das müsste ich mir auch noch mal anschauen. Wir wollen diese Bildungsmaßnahmen. Wir müssen jetzt mit Nein stimmen.

Der Vorsitzende: Sie haben Recht, wir haben hier fünf Maßnahmen. Die ersten beiden haben Sie schon erhöht, und jetzt geht es noch um Bildungsberatung beim IB, es geht um dieses BIZUKI-Projekt des Vereins für Jugendhilfe und über PaxxAn. Da haben Sie lediglich die Anträge abgelehnt, es komplett zu streichen. Jetzt gibt es hier Erhöhungsanträge aus dem Migrationsbeirat, und die empfehlen wir Ihnen, auch abzulehnen. Das ist jetzt ein bisschen kompliziert. Ich gebe es ja zu. Wenn Sie die aber trotzdem erhöhen wollen, dann müssten Sie jetzt mit Nein stimmen. Kommen Sie noch mit? Wenn Sie einverstanden sind, nehmen wir alle drei Projekte jetzt in einem Rutsch.

Gut, dann stimmen wir darüber jetzt noch mal ab, drei **Bildungsprojekte, Vorschlag des Migrationsbeirats**, wer jetzt mit Ja stimmt, der spricht sich gegen die Empfehlung des Migrationsbeirats aus. Das ist jetzt schwierig zu der Zeit. Wir stimmen ab. – Der weise Beschlussvorschlag der Verwaltung ist abgelehnt, und die drei Projekte kriegen mehr Geld. Das haben wir jetzt alle verstanden.

(Vereinzelter Beifall)

Antrag 129 (Seite 259): Freier Eintritt in den Zoo und Karlsruher Schwimmbäder für Inhaber des Karlsruher Passes/Kinderpasses (KAL/Die PARTEI)

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Unser Begehrt ist, den freien Eintritt in den Zoo und in die städtischen Schwimmbäder wieder zu ermöglichen, viele Jahre lang war das ja im Karlsruher Pass beinhaltet. Dann wurde mit einer Mehrheit im Gemeinderat diese Möglichkeit rausgenommen, aber wir sind der Meinung, dass in den heutigen schweren Zeiten, finanziell schweren Zeiten für die betroffenen Familien, ich spreche für die betroffenen Familien, es einfach jetzt richtig wäre, dass sie wieder freien Eintritt in den Zoo bekommen und freien Eintritt in die Schwimmbäder. Ich denke, das würde Sinn machen, um auch ein Signal an die Ärmsten in unserer Stadt zu senden.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Zunächst zu den Anträgen 129 bis 131 sage ich gesammelt was und dann ein paar allgemeine Worte zum sozialen Bereich. Für alle drei Anträge zu den Karlsruher Pässen gilt, dass wir nicht zustimmen werden. Wir hatten im Jugendhilfeausschuss vor nicht allzu langer Zeit und dann später auch im Gemeinderat beschlossen, dass wir das nächste Jahr nutzen wollen, um inhaltliche Fragen wirklich vertieft zu beraten, also auch mit Wissenschaftlern aus anderen Städten oder weiß ich was, zur Bedeutung von Mobilität und zum Charakter der Karlsruher Pässe allgemein. Dies halten wir nach wie vor für richtig, und zum Zweiten halten wir die Kosten momentan für zu hoch. Allgemein zum Sozialen ein paar Sätze, oft werden momentan im Zusammenhang mit der Corona-Krise die Begriffe Zusammenhalt und Solidarität benutzt. Für uns GRÜNE sind diese Begriffe zentral. Sie sind die Grundlage, um mit der Pandemie zurechtzukommen, um den Strukturwandel im Sinne

des Klimaschutzes zu gestalten, Grundlage für unser Zusammenleben allgemein. Nur durch einen starken Zusammenhalt sind wir in der Lage, große Aufgaben zuversichtlich zu meistern, und deshalb gehören für uns zum Beispiel Klimaschutz, die Bewältigung der Pandemie und das Soziale eng zusammen. Wir sind froh, dass in Karlsruhe vor einem Jahr die Anzahl derjenigen Menschen, die ein Anrecht auf den Karlsruher Pass haben, stark erhöht wurde. Wir sind froh beispielsweise über unsere wirklich gute und solide Wohnungslosenhilfe, über die fortschreitende Planung zur Umsetzung der Istanbulkonvention im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen. Klar für uns ist weiterhin, trotz der Haushaltslage, egal wie die Haushaltssituation der Stadt ist, wir werden hinschauen und nicht wegschauen, hinschauen, wie die soziale Situation sich in allen Bereichen der Stadt entwickelt und handeln, wenn wichtige Bedarfe auftreten und wenn es sein muss, Prioritäten verändern, aus diesem Grund unsere wohlüberlegten Anträge zu sozialen Themen, vor allem im Migrations-/Integrationsbereich, der Antrag zu präventiven Hausbesuchen und auch zum städtischen Klinikum.

Kurz zur AfD, da braucht man nicht viele Worte. Sie schlagen einen systematischen Sozialabbau vor und ihre Demokratiefeindlichkeit entspricht ganz einfach ihrer Feindlichkeit gegenüber sozialer Gerechtigkeit. Das sind zwei Seiten einer Medaille, die da offensichtlich sehr eng zusammengehören.

(Vereinzelter Beifall)

Mehr ist dazu nicht zu sagen.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Zum Antrag KAL/Die PARTEI, wir sind alle sehr stolz auf unseren Karlsruher Pass und den Karlsruher Kinderpass. Das ist ein besonderes Merkmal unserer Stadt, und wir haben damit ja auch Erfolg, das in die Sozialregionen schon weitergetragen zu haben. Meine Fraktion sieht heute hier nicht, dass wir dieser Ausweitung zustimmen können, denn wir sehen es, wie die Verwaltung in ihrer Antwort sagt, dass eine Erhöhung hier um diese vorgeschlagenen Leistungen der Philosophie und der Konzeption der Pässe widerspricht, und deswegen lehnen wir den Antrag ab.

Stadträtin Melchien, (SPD): Ich möchte mich jetzt zwar nicht umfassend zum sozialen Bereich äußern, auch wenn ich viele Einschätzungen teile, aber zumindest auf die drei Anträge zu den Karlsruher Pässen. Als SPD-Fraktion stehen wir dazu. Wir sehen die Karlsruher Pässe als ein herausragendes Instrument im Kampf gegen Armut und für gesellschaftliche Teilhabe. Die Konzepte sind prinzipiell gut. Daher lehnen wir auch den Antrag 129 ab. Wir sehen hier, dass vor allem und auch in den folgenden Anträgen eine Ausweitung nicht lange haltbar wäre. Wir wollen hier verlässliche Beschlüsse fassen. Den ticketfreien ÖPNV hätten wir uns gewünscht, das haben wir im letzten Haushalt schmerzlich zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir da tatsächlich die finanzielle Überforderung durchaus hier gebracht hätten, und von daher sind wir natürlich bereit, an dem Thema wollen wir weiter dranbleiben. Hier hoffen wir auch tatsächlich ein Stück weit auf die neue Regierung und auch auf einfach viel mehr Unterstützung an der Stelle, dass wir dieses Ziel tatsächlich erreichen. Ansonsten sind wir auch prinzipiell sehr gerne bereit, weiterhin an der Weiterentwicklung der Ausgestaltung an dem Karlsruher Kinderpass und den Karlsruher Pässen insgesamt zu arbeiten. Das haben wir in der Vergangenheit in der fachlichen Beratung sehr gut gemeinschaftlich auf den Weg gebracht und tragfähige Lösungen entwickelt. Für heute können wir leider allen drei Anträgen nicht folgen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Frau Anlauf, wir haben keinen einzigen Streichungsantrag gestellt im Sozialbereich. Deswegen verstehe ich Ihren Angriff an der Stelle nicht, und zu den drei Anträgen, zu denen Sie gesprochen haben, wir werden genauso abstimmen wie die GRÜNEN und die SPD.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wir haben uns tatsächlich in diesem Jahr, das ist vielleicht auch mal dem einen oder anderen gar nicht aufgefallen, uns auf das Thema ticketfreie ÖPNV fokussiert im Karlsruher Pass. Das war im letzten Jahr schon deutlich mehr. Jetzt kann man natürlich trotzdem die Diskussion führen, ob es finanziell leistbar ist. Ich sehe schon die Finanzbürgermeisterin, ich sehe auf jeden Fall die Augenbrauen, die hochgehen. Definitiv, aber wir haben darauf verzichtet, trotz der Diskussion im Jugendhilfeausschuss, jetzt irgendwelche prozentualen Zahlen rauszuhauen, um nur die Logik oder die Philosophie des Karlsruher Passes einzuhalten, weil wir ja ohnehin wenig Hoffnung hatten, den Antrag durchzubekommen. Wir bleiben dennoch der Meinung, dass der ticketfreie ÖPNV ein wichtiges Thema ist oder auch die weitere Reduzierung der Ticketpreisstruktur. Da haben wir ja in verschiedenen Aufsichtsräten immer wieder das Thema Preispolitik angesprochen. Das müssen wir vielleicht auch im Rahmen des Mobilitätskonzeptes noch mal erörtern. Ich bin da nicht ganz der Meinung, wie andere Vertreter*innen es sind, dass der Preis überhaupt keine Auswirkung hat auf den Nutzen oder einen völlig untergeordneten Wert. Also, die Studien, die ich zumindest habe, zeigen, dass gerade dort, wo einkommensschwache Haushalte mit dem Thema Mobilitätsnutzung in Kontakt kommen, genau dort hat es natürlich elementare Auswirkungen, nicht auf die breite Personengruppe. Wenn ich persönlich jetzt 2,50 Euro oder 2,60 Euro zahle, fällt es mir nicht persönlich auf am Monatsende, aber natürlich, wenn jemand mit einem weitaus geringeren Gehalt es hat, dann haben wir hier ein Problem. Das heißt, wir halten weiterhin dran fest. Ich würde gerne das Angebot der Kollegin Anlauf aufgreifen. Wir sollen die nächsten zwei Jahre dazu gerne nutzen, um da drüber zu sprechen, wie ein sinnvolles Modell sein könnte. Vielleicht haben wir Möglichkeiten, wenn der Mobilitätspass der Landesregierung mal kommt, wenn andere Instrumente da sind, dass wir dort einen Mechanismus finden, der weggeht von der nutzerbasierten Finanzierung des ÖPNV, sodass wir auch solche einzelnen, selektiven, sozialpolitischen Maßnahmen rausgreifen können und finanzierbar machen können, und diese Diskussion wollen wir weiterführen. Wir halten trotzdem den Antrag aufrecht, wir halten ihn für sinnvoll.

Stadtrat Maier (CDU): Habe ich das jetzt richtig vernommen, wir waren bisher bei 129? Der Herr Kollege Bimmerle hatte jetzt aber auch schon zu 130 und 131 gesprochen. Ist das damit jetzt mit aufgerufen, oder rufen Sie das nachher noch mal separat auf?

Der Vorsitzende: Eigentlich noch nicht, aber wenn jetzt doch alle dazu reden, können wir es auch zusammenfassen, entscheiden Sie.

Stadtrat Maier (CDU): Gut, dann, wenn Sie mir das Wort geben und ich das entscheiden darf, dann entscheide ich gerne, dass ich kurz dazu auch spreche. Kollege Bimmerle, ich weiß nicht, ich habe überlegt, ob es peinlich, frech oder einfach nur dummdreist ist, dass Sie einfach auf der LINKEN Seite nun wieder Ihre alten Anträge rausholen. Irgendwie ist das ein unwürdiges Spiel. Wir erinnern uns noch sehr gut an die Diskussion in der letzten Haushaltsberatung, als diese Anträge über das Knie gebrochen wurden, wir hier Riesensummen veranschlagt haben und dann unser Oberbürgermeister diese ganze Geschichte klammheimlich

auch wieder eingesammelt hat und Sie dem Ganzen zugestimmt haben. Jetzt rufen Sie es wieder auf. Ich verstehe nicht, dass Sie es nicht verstehen und von daher von uns eine ganz klare Ablehnung für diese Sache. Es wäre ja alles wünschenswert und schön, aber wir müssen doch einfach auch irgendwie gucken und uns nach der Decke strecken, von daher nicht möglich, deshalb ganz klare Ablehnung.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): In der Antwort der Verwaltung steht was sehr Weises drin. Da steht, dass für Karlsruhe die Philosophie der inklusiven Beteiligung fährt. Das ist eine gemeinsame Richtlinie, die wir uns gegeben haben. Wenn Sie das anders machen, dann brechen Sie die. Dann müssen wir komplett über neue Förderrichtlinien sprechen, und das wäre eine sehr komplizierte Sache. Deswegen, wir möchten, dass die Karlsruher Passinhaber, dass die auch was bezahlen, denn das ist auch ein Wert für sie. Ich empfange nicht nur, ich bin nicht nur Opfer, sondern ich kann mich aktiv einbringen und mich bewegen. Und diese Philosophie, wenn wir die aushebeln wollen, dann braucht es einen extra Beschluss, nicht nur einen einfachen, finanziell wirksamen Antrag. Deswegen braucht es viel tiefer eine Beratung, bevor man so was machen könnte überhaupt, sonst wäre der Antrag für mich sinnlos. Also, wir werden das ablehnen, genauso wie beim Zoo oder bei den Schwimmbädern macht es für uns keinen Sinn. Unsere Lösung, die wir gefunden haben in Karlsruhe mit dem Karlsruher Pass ist sehr, sehr gut und deswegen wollen wir die beibehalten.

Stadtrat Hock (FDP): Mein Kollege Sven Maier hat mich natürlich jetzt dazu inspiriert zu fragen, Kollege Bimmerle wird uns das erklären, wieso dieser Antrag da jetzt wieder drauf ist. Das ist ja derselbe Antrag wie schon einmal, und was mich noch mehr verwundert, dass jetzt in diesem Antrag drinsteht, ohne Betrag, zumal der Oberbürgermeister dieser Stadt den Betrag ja genannt hat, was es uns kosten würde. Da hätten wir es ja auch aufnehmen können zur Klarheit. Aber vielleicht können Sie mir erklären, wieso das jetzt noch mal dasteht.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Herr Hock, ich kann es Ihnen gerne erklären. Wir beraten ganz viele Anträge von jeder Fraktion, die öfters mal aufgerufen werden. Wir haben heute Morgen den Hitzeaktionsplan angenommen von 2018. Also, das ist jetzt keine neue LINKE Erfindung, dass jetzt jedes Jahr nur neue Anträge beraten werden. Das Zweite ist, sicherlich hätte man die Summen jetzt noch mal aufnehmen können. Wir dachten eigentlich, die Verwaltung schreibt es in ihrer Stellungnahme. Ich weiß gar nicht, ob es drin stand. Also, die Summe, das ist ja der Unterschied vor einem Jahr, die haben wir ja im Jugendhilfeausschuss diskutiert, konnte dann jeder nachlesen. Und das Dritte, was ich gerne sagen möchte, Herr Maier, Ihre Wortwahl, also die finde ich absolut deplatziert. Die hat hier überhaupt nichts zu suchen, hier von frech oder dreist zu sprechen. Das ist überhaupt nicht angemessen und bei allem Respekt, die CDU hat einen Antrag von 15 Millionen Euro Gewerbesteuererhöhungsverzicht drin. Das ist weitaus mehr, als wir hier darüber sprechen. Da können wir über Verhältnismäßigkeit auch an der Stelle reden.

Der Vorsitzende: Ich möchte mich nur dagegen verwahren, dass ich klammheimlich irgendwas eingesammelt hätte, sondern das hat der Gemeinderat beschlossen.

Dann kommen wir zu den drei Anträgen: **Ordnungsziffer 129, KAL/Die PARTEI, freier Eintritt in den Zoo und Karlsruher Schwimmbäder**, und bitte jetzt um das Votum. – Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag 130 (Seite 259): Ticketfreier ÖPNV für 60+ Karlsruher Passinhaber*innen (DIE LINKE.)

Ich bitte um Ihr Votum. – Jetzt habe ich selbst vergessen zu wählen. **(Ablehnung)**

Antrag 131 (Seite 259): Ticketfreier ÖPNV für Inhaber*innen bis 25 Jahre -Karlsruher Pass (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Auch hier bitte ich um Ihr Votum. – Auch **mehrheitlich abgelehnt**.

Ich würde die Empfehlung von Frau Anlauf gerne aufnehmen, dass wir noch mal vertieft über die Systematik des Passes diskutieren und dann vielleicht auch mal so was wie einen Grundsatzbeschluss fassen, dass es hier nicht um Umsonstangebote geht, sondern dass es hier noch mit einer bestimmten Grundhaltung zu tun hat und damit wir das dann nicht mehr bei den ganzen Einzelanträgen wieder diskutieren. Das wäre, glaube ich, eine ganz gute Geschichte, dass wir noch machen.

Antrag 132 (Seite 259): Reduzierung der Sachkosten der Wohnraumakquise (AfD)

Das kommt mir doch ein bisschen sozial vor, Herr Stadtrat Dr. Schmidt.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Das kommt Ihnen sozial vor, aber es ist keine Kürzung. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren, wo wir immer eine Kürzung bei der Wohnraumakquise gefordert haben, weil wir der Meinung sind, dass günstige Wohnungen mit der Wohnraumakquise dem Markt entzogen werden, sind wir jetzt, haben wir ein gewisses Einsehen gezeigt, und wir würden es gerne auf einem selben Niveau wie letztes Jahr und die Zeit davor beibehalten, und wir sind dagegen, dass es weiter aufgestockt wird, das ist alles. Wir wollen keine Aufstockung, sondern Beibehaltung auf dem jetzigen Niveau mit der Begründung, diese Wohnungen werden dem Markt entzogen, denn die wären ja günstige Mietwohnungen, die von privat vermietet werden, wenn die Stadt sie nicht übernehmen würden.

Der Vorsitzende: Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 133 (Seite 260): Erhöhung Sachmittelbudget Seniorenbüro und Pflegestützpunkt für das Modellprojekt „Präventive Hausbesuche bei Senior*innen“ (GRÜNE, SPD, DIE LINKE.)

Das passt gut zu unserem **TOP 6.1** der Beschlussvorlage **Konzept für ein Modellprojekt präventive Hausbesuche für Seniorinnen und Senioren**, vorberaten unter Finanzierungsvorbehalt im Jugendhilfesozialausschuss. Hier gibt es ein Austauschblatt. Wir schlagen Ihnen vor, dass wir das umsetzen und dass wir hier dann durch Mittelumschichtung versuchen, das auf den Weg zu bringen. Das sind keine großen Beträge.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Noch kurz zur AfD, Sozialabbau im Migrationsbereich ist auch Sozialabbau.

(Vereinzelter Beifall)

Und zu dem Antrag präventive Hausbesuche, dieser interfraktionelle Antrag mit SPD und LINKEN hat das Ziel, durch die Hausbesuche zu erreichen, dass Senior*innen möglichst lange in ihrer Wohnung bleiben können und erst zu einem eventuell oder auch nicht späteren Zeitpunkt pflegebedürftig werden oder in ein Pflegeheim ziehen müssen. Der Grund ist einfach. Wir haben schon jetzt nicht genügend Pfleger*innen.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Uns liegt das Konzept des Modellprojektes vor. Dem kann man so zustimmen. Wichtig erscheint für uns der Satz mit dem Ausblick, dass wir versuchen müssen, das sehr gut zu evaluieren, wie es dann letztendlich ankommt, wie weit es gebraucht wird, welche Anzahl von Menschen wir dadurch erreichen. Durch die Umschichtung können wir dem Programm zustimmen.

Stadtrat Høyem (FDP): Alter ist eine biologische Realität, aber das ist keine Qualität, und das ist keine Krankheit. Jung zu sein ist keine Qualität. Alt zu sein ist auch keine Qualität, und die biologische Realität, alt zu werden, ist unglaublich individuell. Es ist in allen Verhältnissen schlecht, wenn man eine ganze Gruppe pauschal-generalistisch behandelt. Das ist es auch hier. Es ist in der demografischen Entwicklung, nicht nur in Deutschland, aber in Europa so, dass man mehr und mehr eine Bevölkerung kriegt, wo viele, viele ältere Menschen aktiv und fit und überhaupt nicht in einer besonderen Krankheitsgruppe isoliert werden sollen. Ich finde, dass eine pauschale Behandlung einer Gruppe, egal welche Gruppe, eine Beleidigung dieser Gruppe gegenüber ist. Wenn man dann den Staat als einen Vormund für alles, was passieren soll, betrachtet, dann muss man also auch für die individuelle Entwicklung für die Gruppe, die in diesem Alter sind. Selbstverständlich diskutiert man in verschiedenen Berufen, wie lange Leute in diesem Beruf bleiben können. Generell haben wir zu wenige alte Menschen aktiv. Besonders in der Politik haben wir zu wenige Alte repräsentiert, statistisch vergleichbar mit der Zusammensetzung unserer Gesellschaft. Ich finde also, dass diese Behandlung einer bestimmten Gruppe pauschal-generalisiert ganz einfach sowohl eine Beleidigung dieser Gruppe ist, aber auch ein wirkliches Missverständnis davon, was eine gesellschaftliche Entwicklung ist.

Stadträtin Moser (SPD): Herr Høyem, das haben Sie schon mal gesagt und ich habe den Eindruck gehabt, dass Sie sehr betroffen waren, aber das müssen Sie meiner Meinung nach überhaupt nicht sein. Wenn Sie so einen Brief bekommen, weil Sie 75 sind, lehnen Sie sich zurück, entspannen Sie sich, freuen Sie sich, dass es Sie nicht betrifft und denken, wie schön, dass es mir gutgeht, aber vielleicht gibt es da draußen noch genügend Menschen, die sich genauso freuen, dass sie angeschrieben werden und auf die Möglichkeit der Hilfe aufmerksam gemacht werden.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich will die Debatte nicht verlängern, nur sagen, Frau Moser, was Sie gerade gemacht haben, ist in Ihrer Ideologie, wo Sie sagen, gerade wie ich mich verhalten soll, falls ich einen Brief bekomme, das ist der ganze Vormund eines Staats. Sie denken, dass ich nicht selber entscheiden kann, ich muss einen Brief haben, und mit diesem Brief geben Sie mir dann den Rat, wie ich diesen Brief behandeln soll. Entschuldigung, wir sind unglaublich weit zwischen Ihrer Ideologie, was der Staat in einer George Orwell-Gesellschaft als Vormund für alles machen müsste und was eine individuelle Entwicklung ist. Also, Sie brauchen sich nicht über Herrn Biden und Sie brauchen sich nicht über Herrn Schäuble und Sie brauchen sich nicht über Herrn Kretschmann, und Sie brauchen sich auch nicht um mich kümmern.

Der Vorsitzende: Das diskutieren wir jetzt bitte nicht aus. Wir gehen jetzt zur Beschlussvorlage der Verwaltung. Da ist ja das Antragsbegehren aufgenommen, und ich bitte Sie jetzt um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Antrag 134 (Seite 260): Förderung des Vereins Konvoi der Hoffnung Karlsruhe (Bürger/Einwohner)

Stadträtin Melchien (SPD): Es ist ein schwieriger Antrag, vor allen Dingen, weil es etwas Neues ist und wir jetzt schon auch im letzten Haushalt auch als Fraktion gesagt hatten, wir nehmen jetzt nichts Neues auf. Den Verein kennen allerdings viele durch das Rollstuhlprojekt als herausragende Hilfe für die Ärmsten der Armen, die eben Teilhabe ermöglichen, Teilhabe dann nicht bei uns in Karlsruhe, aber eben in der Welt, wo sie dringend gebraucht wird. Der Verein ist jetzt dringend auf Unterstützung angewiesen. Gleichzeitig leistet er mit seiner Arbeit auch einen wertvollen Beitrag hier direkt bei uns vor Ort, indem er Müll vermeidet für den Klimaschutz, indem das Upcycling tatsächlich hier bei uns stattfindet. Jetzt steht er vor sehr vielschichtigen Problemlagen. Daher haben wir auch im Vorfeld ein Gespräch gesucht mit dem Verein. Zum einen geht es um die neu dazu gekommenen Mietkosten. Da waren wir, oder zumindest einige von Ihnen, sicher mit involviert, der Problematik, dass der Verein erst mal ohne Obdach quasi da stand und jetzt endlich im Handwerkerhof eine Bleibe gefunden hat, allerdings mit monatlichen Kosten, die so vorher nicht da waren, zusätzlich dieses neue Beschäftigungsverhältnis, zwei Langzeitarbeitslose, die einfach übernommen wurden in reguläre Beschäftigung, weil die geförderte Weiterbeschäftigung nicht mehr möglich war und diese Mitarbeit aber eben benötigt wurde, um überhaupt die Arbeit so aufrechterhalten zu können. Der Verein bräuchte eigentlich viel mehr. Er ist sehr umtriebig bei der Akquise von Spenden. Allerdings steht er nun mal in dieser schwierigen Lage jetzt, und wir wollen mit der Unterstützung dieses moderaten Antrags einen kleinen Beitrag zumindest zum Erhalt dieser wichtigen Institution beitragen.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir in die Antragsabstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Damit ist der Antrag **mehrheitlich abgelehnt**.

Ich wollte auf der **Seite 260** noch hinweisen, dass wir den Erbbauzins der Alten Tagesstätte Daxlanden erhöht haben.

Anträge 135 a und b (Seite 263): Projekt Psychosoziales Zentrum Nordbaden BIOS (DIE LINKE., Bürger/Einwohner), (GRÜNE)

Stadtrat Riebel (GRÜNE): Menschen, die zu uns geflohen sind, haben sehr oft Traumatisches, wie Gewalt und Verfolgung, erlebt, auch auf ihrem Weg zu uns. Das Angebot einer umfassend, insbesondere auch psychologischen und psychotherapeutischen Betreuung ist hier erforderlich. Gerade Sprachbarrieren und Ängste erschweren die Teilnahme an regulären psychologischen Gruppenangeboten. Mit dem Psychosozialen Zentrum für traumatisierte Geflüchtete leistet die BIOS hier eine wichtige Arbeit und schließt eine Lücke. Diese Arbeit ist durch die Stadt Karlsruhe neben der weitreichenden Förderung des Landes, wie von uns beantragt, zumindest mit 10.000 Euro zu unterstützen, um die Integration durch psychologische Begleitung umfassend zu fördern und sich auf die sich verändernden Bedarfe anzupassen.

sen. Aufgrund der schwierigen Haushaltssituation müssen wir eine höhere Förderung aber leider ablehnen.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Der weitergehende Antrag ist der **Antrag der LINKEN** und der **Einrichtung** selbst auf **jeweils 30.000 Euro Zuschuss pro Jahr**. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

Dann rufe ich auf den **Antrag der GRÜNEN** unter **135 b**, da geht es um **jeweils 10.000 Euro**, und bitte um Ihr Votum. – Das ist ebenfalls eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich möchte auf den Seiten **265** bzw. **278** auf **summenneutrale Umschichtungen des Ansatzes Zuschüsse für Intensivhilfen** hinweisen.

Antrag 136 (Seite 266): Tageseinrichtungen Wohnungslosenhilfe, TafF und TÜR dauerhaft fördern (DIE LINKE.)

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Uns geht es darum, dass wir diesen beiden wichtigen Einrichtungen TafF und TÜR mehr Sicherheit verschaffen. Diese sozialen Träger brauchen größtmögliche Klarheit über den Fortbestand der Einrichtungen. Ich sage es ausdrücklich, diese Einrichtungen haben insbesondere jetzt in dieser Corona-Pandemie eine ganz wichtige Funktion zu erfüllen und ich würde sie wirklich unter dem Begriff systemrelevant verbuchen, weil letztendlich waren das zum Teil die letzten Möglichkeiten für Menschen aus prekären Lebensverhältnissen, aus Wohnungslosigkeit oder auch Obdachlosigkeit, noch Räume zu finden und Ansprechpartner zu finden, die ihnen über die Probleme weg helfen, die sie in diesen Pandemiezeiten wirklich zuhauf hatten, egal ob es jetzt um Duschen, also um Hygiene ging, um Kleidung, um Versorgung, um Ansprache. Und deshalb ist uns wichtig, diesen beiden Einrichtungen wirklich eine Sicherheit zu geben, die im Sinne einer Selbstverpflichtung der Stadt ausgesprochen werden sollte. Wir sind uns klar drüber, dass es sich nicht um eine einklagbare Geschichte handelt, aber es wäre wichtig, aus dem Rathaus dieses Signal an diese Träger zu bekommen, dass es sich hierbei um wirklich eine Art Pflichtaufgabe der Stadt handelt. Das wäre uns wichtig.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Das Anliegen der LINKEN halten wir für positiv. Auch wir sehen es so, dass die Einrichtung TafF und TÜR grundsätzlich in der Wohnungslosenhilfe und insbesondere in Pandemiezeiten besonders wichtig sind. Wir stehen fest hinter den Einrichtungen TafF und TÜR wie bisher auch, auch übrigens hinter dem Hotel Anker mit Erfrierungsschutz und der Bahnhofsmission. Auch hier gilt, auch bei diesem Antrag gilt allerdings für uns, dieser Antrag muss inhaltlich vorberaten werden, und das wurde er nicht. Ziel der nächsten Jahre wird es sein, schärfer zu klären, welche Einrichtungen der freiwilligen Leistung eine ganz besondere Bedeutung für uns haben. Über den TafF und die TÜR sollte deshalb nicht isoliert entschieden werden.

Stadträtin Melchien (SPD): Selbstverständlich sind auch für die SPD-Fraktion diese beiden Institutionen TafF und TÜR systemrelevant, und klar bewegen wir uns in einem Bereich, der für uns als Kommune eine Pflichtaufgabe ohne Weisung ist und der hier von den Trägern übernommen wird. Die Verwaltung antwortet auch auf den Antrag. Es ist so, wie das Antragsbegehrt, es entspricht dem Antragsbegehrt, die Stadt bezuschusst im Rahmen von Pflichtaufgaben ohne Weisung, und das war ja die Forderung. Noch dazu ist die Dynamisie-

rung vorgesehen. Auch die steht schon. Von daher würde ich tatsächlich fragen, ist dann überhaupt etwas Weitergehendes in diesem Antrag? Wenn nicht, wäre er in der Form erledigt. Falls es eine darüber hinausgehende Verpflichtung, Selbstverpflichtung sein soll, wie es jetzt gerade angesprochen wurde, dann würde ich mich der Kollegen Anlauf anschließen, dann wünsche ich mir die fachliche Vorberatung, vor allem mit Blick auf andere Träger und weitere Förderungen, die die Stadtverwaltung auch als Pflichtaufgabe ansieht, die wir vielleicht oftmals in unserem Bereich eher im Rahmen der Freiwilligkeit diskutieren, dass wir dann wirklich miteinander eine Klärung herbeiführen, welche Institutionen gehören da noch dazu. Sonst fände ich es auch schwierig, jetzt zwei rauszugreifen. Inhaltlich stehen wir natürlich absolut zu diesen Institutionen und finden es auch gut, dass die Verwaltung das mit uns so einschätzt, dass es eine Pflichtaufgabe ist.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Für uns stellt es sich so dar, dass es unnötig ist, was wir jetzt hier beantragen. Wir stehen zuverlässig schon seit Jahren, die Einrichtung gibt es länger, als dass wir im Gemeinderat sind und die sind immer gut versorgt worden, ich weiß nicht, warum man am Status da was ändern sollte. Das läuft gut und es ist gut. Deswegen würde ich sagen, ist für uns dieser Antrag unnötig.

Der Vorsitzende: Ich verstehe das so, dass es hier nicht darum geht, dauerhaft Mittel zu sichern, weil, wir haben natürlich immer ausreichend Mittel, um Wohnungslosenhilfe zu finanzieren. Das gehört nach unserem Verständnis einfach zur Grundstruktur. Was Sie jetzt begehren, Frau Stadträtin, ist, dass wir uns auf diese beiden Träger und diese beiden Einrichtungen über die nächsten Jahre hinaus festlegen, und da würde ich vorschlagen, dass wir diesen Antrag jetzt aus diesen Haushaltsberatungen rausnehmen, weil er für den derzeitigen Haushalt eigentlich nicht direkt relevant ist, weil, die Mittel sind ja da. Sie sind nur nicht ab den Jahren 24 jetzt auf diese Einrichtungen bezogen, und Sie klären im Fachausschuss, was Sie sich vorstellen und ob das dann eine Festlegung ist, der auch der Rest des Gemeinderats folgen kann. Das ist ja jetzt, dann kann man in den zwei Jahren alles locker machen und dann weiß man beim nächsten Haushalt, was Sache ist. Wenn Sie damit einverstanden wären, würde ich es verweisen in den Fachausschuss. Da kann man es dann zusammenführen mit dem, was wir ja schon mehrfach besprochen haben, dass wir auch bei mehreren Angeboten in der Stadt für dieselben Zielgruppen uns grundsätzlich die Frage stellen können, ob denn diese Strukturen dauerhaft in dieser Pluralität erhalten werden müssen. Da gibt es sehr gute Gründe dafür. Es gibt auch gute Gründe, das kritisch zu hinterfragen. Das alles kommt ja im nächsten Jahr eigentlich schon auf uns zu.

Antrag 137 (Seite 274): Jugendarbeit in den Höhenstadtteilen fördern (SPD)

Stadträtin Melchien (SPD): Ich möchte eindringlich dafür werben, hier tatsächlich Jugendarbeit noch auszuweiten und das Ganze auch begründen. 2020 hat der Stadtjugendausschuss uns ein herausragendes Konzept dargelegt, wie er durch wenig Mittel und intelligentem Personaleinsatz es erreichen kann, dass wir unser Ziel einer flächendeckenden offenen Kinder- und Jugendarbeit tatsächlich nachkommen können, wie wir das umsetzen werden können mit relativ geringem Mitteleinsatz. Dieses Konzept lag so vor Anfang 2020, dann ist es wahrscheinlich auch im Rahmen dieser sehr schwierigen einjährigen Haushaltsberatung etwas untergegangen. Jetzt sind wir bis heute kein Stück weitergekommen, und wenn wir in diesem Haushalt wieder sagen, dieses Konzept lassen wir in der Schublade, wir warten auf bessere Zeiten, dann heißt es, dass wir diese flächendeckende Angebotsform durch den Stadt-

jugendausschuss auch zwei weitere Jahre nicht bekommen werden. Deswegen haben wir uns dazu durchgerungen, tatsächlich jetzt auch diesen Antrag hier einzubringen und darum zu werben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, dass Sie mit mir sehen, dass wir hier die Jugendarbeit weiter voranbringen wollen, auch wenn die Zeiten schwierig sind. Wir haben einen flächendeckenden Ausbau noch nicht, die Höhenstadteile fehlen, und daher unser Antrag.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Ich mag den Antrag der SPD zum Anlass nehmen, ein paar Sachen zu Jugendlichen allgemein zu sagen, die mich gerade so bewegen. Die Kollegin Melchien hat ja gerade gesagt, was sie bewegt. Es gibt gerade einen sehr aufwendig produzierten Werbespot für den Discounter Penny, vielleicht hat ihn der eine oder andere gesehen, der für große Aufmerksamkeit sorgt und für viel Diskussion, in dem ein Teenager seine Mutter nach ihrem Weihnachtswunsch fragt und ihre verblüffende Antwort ist, ich wünsche mir, dass du dich einfach zu Hause rausschleichst, dass wir nicht wissen, wo du bist, dass dich dein Vater abholen muss, weil du zu viel getrunken hast und so weiter, und sie endet mit einem Resümee, ich wünsche mir einfach, dass du deine Jugend zurückbekommst. Auch, wenn die damit verbundenen Alkoholexzesse sicher nicht ganz unsere Vorstellung hier treffen, trifft dieser etwas pathetische Spot doch den Nerv von Jugendlichen, von Eltern und sicher auch von denjenigen, die sich hier mit Jugendlichen und diesem Themenkomplex im Gemeinderat befassen. Hinter den Jugendlichen in unserer Stadt liegen zwei sehr entbehrungsreiche Jahre in dieser Pandemie, sowohl im Schulleben als auch im Privaten. Das wurde auch bei dem ersten Runden Tisch der Karlsruher Schüler*innenvertreter letzte Woche sehr deutlich, für die CDU und für die GRÜNEN Fraktion leider nur. Ich würde mir wünschen, dass bei diesem nächsten Runden Tisch weitere Fraktionen dieses Hauses auch mit dabei sein werden, denn es lohnt sich wirklich zuzuhören, das war ein ganz spannender Austausch, und die Jugendlichen verdienen gerade in unseren Tagen auch besondere Aufmerksamkeit.

Jetzt zu dem Antrag der SPD, kann man ganz kurz machen. Trotz der vielen großartigen stadtzentralen Angebote für Jugendliche, der der Stadtjugendausschuss bereithält, ist gerade der Weg aus den Bergdörfern in die City ein ziemlich weiter, der Bedarf aber seit langer Zeit ein großer. Das hat die Kollegin auch gut dargestellt. Deshalb ist die Konzeption des Stadtjugendausschusses für das Team Offene Kinder- und Jugendarbeit in den Bergdörfern und der damit verbundene Antrag der SPD gerade jetzt der richtige Antrag zur richtigen Zeit. Deshalb unterstützen wir euren Weihnachtswunsch, liebe SPD, natürlich sehr gerne in Form dieses Antrags.

Der Vorsitzende: Der Nikolaus war gestern aber schon da.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Mir graut vor der Zeit, wo ich mit einigen Kolleginnen und Kollegen darüber diskutieren muss, wie wir Aufgabenkritik durchführen und wie wir uns von schönen Dingen, Weihnachtswünschen oder Nikolausgeschenken wieder verabschieden. Und gerade in dieser Zeit sind wir heute und beraten über so einen Antrag. Ich fühle mich in der Tat psychisch von Kollegen der Ortsvorsteherschaft etwas unter Druck gesetzt, aber trotzdem habe ich das Gefühl, noch unabhängig zu sein, indem ich zunächst mal den Gedanken darauf lenke, dass die eigentliche Zuständigkeit für solche Erfordernisse, gerade wenn das SGB zitiert wird, sicherlich in unserer Stadt beim Stadtjugendausschuss liegt. Und ich glaube, die gesamthafte Betrachtungsweise unserer Stadt ist auch wichtig, um zu sagen, da oder in den Stadtteil oder da müssen wir etwas tun, da ist es dringend notwendig. Da es

eben nicht der Stadtjugendausschuss ist, der so was formuliert, gehe ich jetzt mal prima vista im ersten Moment davon aus, dass es keinen so überragenden Bedarf gibt, jetzt hier wirklich 75.000 Euro für Personal auf Dauer einzuführen und Sachkosten, und wir bräuchten ja auch dann, das folgt auf dem Fuß, irgendwelche räumliche Lösungen. Also, dafür sehe ich in diesen Zeiten, wo wir Aufgaben zurücknehmen müssen, keinen Bedarf. Ich will vielleicht noch sagen, dass ich die Lage da oben aus eigener Anschauung doch kenne. Ich habe das Gefühl, dass wir noch eine intakte dichte Vereinslandschaft haben, sodass ich so einen ganz, ganz schmerzlichen Bedarf, wie er jetzt hier behauptet wird, nicht sehen kann.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ich möchte jetzt ganz explizit nicht auf das Redezeitkonto der SPD sprechen, weil ich mich jetzt als Ortsvorsteher melde an der Stelle.

(Heiterkeit)

Es sei mir verziehen, aber es ist mir wirklich wichtig, als Ortsvorsteher das anzusprechen, weil wir, glaube ich, mit überschaubarem Aufwand für sehr, sehr viele Stadtteile jetzt hier was ganz Gutes leisten können. Ich gebe Ihnen Recht, Herr Pfannkuch, wir haben noch viele intakte Vereine, aber das wissen Sie so gut wie ich, dass das gerade sehr, sehr schwierig ist, und wir wollen nicht, dass Jugendarbeit, die jetzt vielleicht noch gut funktioniert, dann in Zukunft wegbricht, und dafür braucht es vernetzende Strukturen. Ich möchte zum Werdegang dieses Projekts auch mal sagen, es ist ein hervorragendes Projekt. Wir waren als Höhenstadt, Ortsverwaltung dort alle mit dabei mit dem Stadtjugendausschuss. Wir haben uns das alles in den Ortschaftsräten noch mal angehört, und wir haben das wirklich alles für sehr, sehr gutgeheißen und ich bin mir sicher, auch der Ortschaftsrat Wettersbach hat das für sehr gutgeheißen. Ich bitte jetzt einfach noch mal im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen aus den Höhenstadtteilen und ich glaube, ich kann wirklich in deren Namen sprechen, diejenigen, die jetzt noch zweifeln, einfach hier mitzumachen, ich glaube, wir können hier was Tolles auf den Weg bringen und ich bitte wirklich da eindringlich im Namen der Höhenstadtteile um Unterstützung.

Der Vorsitzende: Sollte es jetzt eine Mehrheit geben, würden wir diese 85.000 Euro einstellen. Aber mir wäre es ganz wichtig, dass der Fachausschuss sich noch mal mit dem Konzept auseinandersetzt. Ich habe mich da mal sehr intensiv mit beschäftigt. Sie können mit einer Stelle keine offene Jugendarbeit organisieren, und Sie können es schon gar nicht an verschiedenen Orten. Ist mir völlig schleierhaft, wie das funktionieren soll. Deswegen kann ich nur dringend raten, dass man das noch mal im Fachausschuss und mit dem Stadtjugendausschuss klärt, wie die das mit 85.000 Euro hinkriegen wollen.

Stadträtin Ernemann: Dazu muss ich sagen, da gibt es ein wunderbares Konzept, das extra für die Höhenstadtteile erstellt worden ist. Bei den Gesprächen und bei der Vorarbeit war Kollege Pfannkuch nicht dabei. Dieses Konzept wurde in allen Ortschaftsräten vom Herrn Kloss vom Stadtjugendausschuss vorgestellt. Wenn es um die Infrastruktur geht, die ist vorhanden. Natürlich ist es schwer für Stupferich, Wolfartsweier, Wettersbach, diese Jugendarbeit zu koordinieren. Das ist ein wunderbares Konzept, ich weiß nicht, ob du dir das durchgelesen hast, und ich gebe auch noch mal zu bedenken, da oben bei uns, sind wir zum Beispiel einer der Stadtteile mit dem höchsten Anteil an Kindern und Jugendlichen und können denen noch nicht mal einen Raum bieten. Hier ist ein Riesenbedarf für die Jugendarbeit, und die Vereine. Aber es gibt viele junge Menschen, die wollen nicht in Vereine. Wir haben auch

ein gutes Vereinsleben, ihr habt das auch. Das hat jeder Stadtteil, das ist da oben bei uns besonders gewachsen, weil es eine ländliche Struktur ist, aber es gibt durchaus viele Jugendliche, die nicht im Gesangsverein, im Musikverein, im Sportverein sind, sondern die einfach freie offene Jugendarbeit praktizieren wollen, und diese Möglichkeit ist ihnen verwehrt.

Der Vorsitzende: Ich würde dennoch darum bitten, dass man es fachlich noch mal analysiert, und ich muss zugeben, ich war im Jugendhaus Durlach, da waren Jugendliche aus Knielingen, weil ihnen das Angebot in Durlach besser gefiel. Ich war im Jugendhaus Knielingen, da waren Jugendliche aus Durlach, weil es dort ein Angebot gibt, das es in Durlach nicht gibt, und so sind die Jugendlichen, finde ich, durchaus relativ flexibel und nehmen auch die Angebote im Tal unten wahr. Dass man alles noch besser und noch mehr machen kann, ist ja kein Thema, aber wie gesagt, die Mindestausstattung nachdem, was ich über Jahre vertreten habe und das konnte man darstellen, waren anderthalb Stellen, die auf zwei Personen verteilt sind, damit nicht der Wegfall einer Stelle wegen Krankheit und allem Möglichen zum Komplettverlust des ganzen Angebots führt. Das ist so die Mindestausstattung für offene Jugendarbeit, und wenn man da noch eine Stelle, eine dieser Dreiviertelstellen mit einem Mann und eine mit einer Frau besetzen kann, dann kann man da ein vernünftiges Konzept daraus machen, aber das überlasse ich Ihnen im Fachausschuss. Mir wäre nur wichtig, dass wir das noch mal ausführlich durchdiskutieren. Wir haben jetzt gerade über Sperrvermerk hier diskutiert, das würde ich jetzt an der Stelle nicht setzen, aber Sie müssen vorher mit dem Stadtjugendausschuss dieses Thema so durchsprechen, dass es am Ende auch Hand und Fuß hat.

Stadträtin Melchien (SPD): Jetzt haben Sie es mir vorweggenommen. Selbstverständlich sind wir bereit, das Ganze fachlich noch mal zu erörtern. Es liegt ja auch schon so lange auf dem Tisch, dass es ein wenig geänderte Rahmenbedingungen seitdem geben wird. Von daher, klar führen wir die fachliche Debatte. Ich glaube, hier haben wir es genügend ausgeführt. Ich könnte noch ganz viel dazu sagen, aber das spare ich mir dann für den Jugendhilfeausschuss. Mit einem Sperrvermerk wären wir nicht einverstanden. Wir wollen, dass hier ein klarer mehrheitlicher Beschluss zum Ausbau erfolgt. Über das Wie sprechen wir in der fachlichen Beratung.

Stadtrat Hock (FDP): Die Ortsvorsteherinnen/Ortsvorsteher haben jetzt gesagt, dass das schon weit gediehen und auch schon vorbesprochen ist. Herr Oberbürgermeister, ich kann Ihre Einwände natürlich schon verstehen, aber dass wir die Höhenstadtteile in diesem Bereich anbinden müssen, ist für uns klar. Deshalb, wir können das gerne mitgehen, aber das, was der OB vorgeschlagen hat, dass man es dann noch im Ausschuss bespricht, das ist für uns unabdingbar und das muss auch sein.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Ich habe eine organisatorische, verwaltungstechnische Frage, unabhängig von der wertvollen Jugendarbeit, ob in Bezug auf den Stadtjugendausschuss die Frau Stadträtin Melchien nicht befangen ist? Ich würde gerne von Ihnen wissen, wie das zu handhaben ist.

Stadträtin Melchien (SPD): Ich habe mich nicht befangen gefühlt, aber wenn Sie mich als befangen einschätzen, gehe ich.

Der Vorsitzende: Warum soll sie befangen sein? Ich glaube, sie steht in Staatsdiensten.

Stadträtin Lorenz (FW | FÜR): Weil meines Wissens ihr Bruder den Stadtjugendausschuss leitet.

Der Vorsitzende: Ja, aber das ist keine Befangenheit.

Stadträtin Melchien (SPD): Er hat jetzt keinen finanziellen Vorteil von dem Antrag. Darauf käme es an, glaube ich. Also, wenn wir jetzt hier über Gelder bestimmen, die er bekommen würde, klar wäre ich befangen, selbstverständlich, aber es geht doch hier um keinen finanziellen Vorteil, aber schätzen Sie das bitte auf der Bürgermeisterbank ein.

Der Vorsitzende: Nein, also ich glaube nicht, dass die geschwisterliche Beziehung hier zu einer Befangenheit führt. Das kann ich mir nicht vorstellen. Ich gucke mal hier unsere Juristin an.

Stadträtin Melchien (SPD): Ich würde sicherheitshalber kurz nach hinten gehen.

Der Vorsitzende: Ja, das ist okay, dann machen wir das so.

Stadträtin Melchien (SPD): Dann klären wir es aber bitte im Nachgang, weil mir der Stadtjugendausschuss sehr am Herzen liegt und ich ungerne jetzt künftig jedes Mal debattieren würde und dann den Platz verlasse.

Der Vorsitzende: Dann bitten wir Sie kurz nach hinten und wir klären es. Die Frage ist berechtigt, ist ja alles okay. Ich habe es jetzt nur im ersten Moment nicht verstanden.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über diesen Antrag, und ich bitte um Ihr Votum. – Gut, das ist eine **Mehrheit**, auch ohne die Befangene.

Antrag 138 (Seite 274): Einsatz von einem FSJler/FSJlerin und Schaffung einer zusätzlichen pädagogischen Leitungsstelle an der Ganztagschule am Wasserturm (DIE LINKE.)

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Die Ganztagschule am Wasserturm hat seit Jahren das Problem, für acht Schulklassen stehen nur sieben qualifizierte Betreuerinnen, pädagogische Betreuerinnen, zur Verfügung. Insbesondere in der Pandemie hat das natürlich Mordprobleme aufgeworfen, weil erstens mal durfte ja niemand krank werden, weil dann waren zwei Klassen unbetreut, und wenn jemand im Urlaub war, waren es drei Klassen und eigentlich sollten alle Klassen getrennt voneinander betreut werden, schon alleine um Ansteckungsgefahren etc. zu reduzieren. Ganz abgesehen davon, dass es auch für eine pädagogische Betreuung ein Wahnsinn ist, zwei Schulklassen bedienen zu müssen, deshalb war unser Anliegen jetzt wenigstens eine zusätzliche Stelle sicher zu schaffen, damit wenigstens acht Personen für acht Schulklassen zur Verfügung stehen. Gleichzeitig ist auch klar, dass das über die Mittagspause, über die Mittagsessenszeit, eine extreme Belastung ist und deshalb unser Antrag auch auf zusätzliche Unterstützung für mindestens dieses Mittagsband mit seiner anschließenden Bewegungsphase, wenigstens über sagen wir mal Bundesfreiwilligendienst oder, ja Bufdis oder FSJ-Teilnehmerinnen oder Teilnehmer mit zu unterstützen, und wir halten das wirklich nicht für überzogen. Das dient den Kindern, das dient der ganzen Situation an der Schule, der Entlastung, der vorhandenen Kolleginnen und Kollegen. Wenn dann die Verwaltung schon sagt, sie hat bereits die Stellen beschlossen, dann finde ich es nur gerechtfertigt zu sagen, eine dieser Stellen gehört der Grundschule am Wasserturm, der Ganztagschule am Wasserturm. Und klar ist, dass dieses Konzept, das die Stadt hier hat, fortgeschrieben werden muss, aber ich würde auch sagen, weiterentwickelt werden muss, denn meines Wissens ist bereits im Konzept drin, dass es pro Klasse eine Betreuung, eine pädagogische Betreuung geben soll, und das war nicht der Fall. Also bitte ich darum, tatsächlich hier fortzuschreiben, weiterzuentwickeln, aber mit dem Anspruch für die Schulklassen wenigstens auf eine konkrete betreuungspädagogische Betreuungsperson.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Die Probleme an der Wasserturmgrundschule sind uns allen bewusst. Da möchte ich jetzt auch nicht mehr im Einzelnen drauf eingehen. Das ist alles in den Ausschüssen genügend vorberaten worden. In der Zwischenzeit hat sich die Verwaltung ja bereits oder hat die Verwaltung die vorgeschlagene Arbeitsgruppe eingesetzt und zusammengerufen, um über die Lösungswege zu diskutieren. Wir haben jetzt zum aktuellen Zeitpunkt noch keinen Beschluss oder keinen Bericht über die Ergebnisse, der uns vorliegen würde. Deswegen müssen wir mal davon ausgehen, dass zumindest zum jetzigen Zeitpunkt die Grundproblematik weiter besteht, wenn auch, die Kollegin hat es gerade nicht ganz zutreffend, finde ich, beschrieben, also zum Beispiel die Kohortentrennung ist was, das gibt es jetzt aktuell einfach nicht mehr, das ist pandemiebedingt eben im Moment nicht der Fall. Trotzdem würden wir daher sagen, als Kompromiss oder so eine Art Sofortmaßnahme, würden wir abweichen vom Antrag der LINKEN-Fraktion, auch wenn Kollegin Binder das gerade auch schon gesagt hat, mindestens eine Stelle würden wir heute einen mündlichen Änderungsantrag hier jetzt einbringen, eine zusätzliche pädagogische Leitungsstelle halten wir jetzt im Hinblick auf die Haushaltslage und eben der veränderten Situation nicht für unmittelbar erforderlich, aber wir könnten dem Anliegen insofern Rechnung tragen, dass wir hier heute für den Einsatz einer zusätzlichen Kraft aus dem Freiwilligendienst FSJ oder eben dem Bufdi, dem Bundesfreiwilligendienst uns heute aussprechen, das als Änderungsantrag.

Stadträtin Uysal (SPD): Wie bereits mein Vorredner richtig gesagt hat, wir haben ja im Sep-

tember tatsächlich eine Überprüfung eingeleitet, ob der Qualitätsrahmen der Grundschule am Wasserturm den jeweiligen Vorgaben entspricht. Dazu haben wir drei Arbeitsgruppen eingerichtet, mit unter anderem eine Arbeitsgruppe, die sich mit der neuen Situation beschäftigt. Die Situation ist natürlich angespannt. Allerdings halten wir es für heute nicht richtig, eine Entscheidung zu treffen, bevor wir die Berichte der einzelnen Arbeitsgruppen erfahren, denn wir sollten das gesamtheitlich betrachten. Deshalb wäre es vielleicht möglich, nächste Woche im Schulbeirat darüber einen Zwischenbericht zu geben, um eben gesund entscheiden zu können, um eben auch zu wissen, wie viel Personal aufgestockt werden muss tatsächlich. Deshalb werden wir diesen Antrag heute nicht unterstützen, aber generell ist es tatsächlich eine angespannte Situation, wo wir das gesamtheitlich angehen müssen.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich würde bitten, die beiden Punkte aus unserem Antrag, Punkt 1 und Punkt 2, getrennt abzustimmen, vielleicht gibt es ja tatsächlich dann wenigstens eine Teillösung.

Der Vorsitzende: So können wir es auch machen. Ich hätte jetzt die beiden Anträge hintereinander abgestimmt, aber das ist ja egal. Dann stimmen wir jetzt mal ab über diese **eine Vollzeitstelle/Leitungsstelle**, die Sie einrichten wollen, und ich bitte da um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt stelle ich zur Abstimmung die eine Stelle, die sich aus dem Freiwilligendienst ergibt FSJler, Bufdi oder wie immer das zu bezeichnen ist, und da bitte ich jetzt um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich sage mal so, so eine Bufdi-Stelle ist nicht ein Riesenbetrag. Jetzt diskutieren Sie es bitte erst mal fachlich aus. Zweite Bemerkung, ich glaube, wir haben ganz viele Ganztagsbetreuung, wir haben ganz viele solche pädagogischen Situationen und ich kann Ihnen nur empfehlen, sich als Gemeinderat mal zu überlegen, wie intensiv Sie in solche Einzelprobleme vor Ort einsteigen wollen. Ich weiß, dass die Schule am Wasserturm auch eine Elternschaft hat, der es gelingt, sehr gut mit dem Gemeinderat ins Gespräch zu gehen. Das haben viele andere Schulen nicht. Hätten die das auch, hätten Sie wahrscheinlich 10 oder 15 oder 20 Arbeitskreise zu besuchen. Überlegen Sie sich das ganz grundsätzlich mal, ob Sie nicht uns überlassen, wie wir die Dinge organisieren und wenn Sie am Ende qualitative Kritik haben, dann kann man das ja gerne diskutieren.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich wollte nur darum bitten, dass das Ergebnis mit 20:20 festgehalten wird, denn ich weiß nicht, warum es mein Ja nicht angenommen hat gerade.

Der Vorsitzende: Dann wiederholen wir die Abstimmung noch mal. Denn sonst wird es jetzt zu kompliziert.

Stadträtin Melchien (SPD): Nur eine fachliche Frage. In der Antwort der Verwaltung steht ja, dass geplant ist, verstärkt Freiwilligendienstleistende einzusetzen. Von daher dachte ich, jetzt wird es fachlich geklärt, und das kommt eben wahrscheinlich, unabhängig davon, was wir machen. Wenn wir jetzt zu dem Antrag Nein sagen, werden diese Planungen dann über den Haufen geworfen oder müssten wir in dem Fall, wenn wir der Verwaltungsvorlage inhaltlich zustimmen, dass es verstärkt eingesetzt wird, dann doch dem Punkt des Antrags zustimmen? Vielleicht könnten Sie das uns kurz noch sagen.

Der Vorsitzende: Sie stimmen heute darüber ab, dass wir zusätzliche Mittel für einen solchen FSJler da einstellen oder nicht. Wenn Sie das ablehnen und wir kommen dann aufgrund von irgendwelchen Erkenntnissen zu dem Ergebnis, dass wir trotzdem aus Qualitätsgründen eine solche Person brauchen, dann glaube ich, dass, nachdem wie die Stellungnahme wiedergegeben ist, wir auch eine Möglichkeit finden würden, das zu finanzieren, aber sonst drücken Sie uns an der Stelle natürlich jetzt eine Person, was heißt drücken, Sie schaffen eine zusätzliche Stelle, ohne dass wir das jetzt inhaltlich ausdiskutiert hätten.

Herr Bauer hat den Antrag gestellt, hat ihn als Teilantrag gestellt, zu dem Antrag von der Fraktion der LINKEN und der Antrag steht hier zur Abstimmung, und ich bitte Sie jetzt um Ihr Votum. – Jetzt haben alle ihr Knöpfchen gefunden. **(Mehrheitliche Zustimmung)**

Anträge 139 a und b (Seite 274): Förderung inklusives Ferienprogramm (DIE LINKE.), (KAL/Die PARTEI)

Die beiden Anträge unterscheiden sich in ihrer Höhe, wenn ich das richtig gesehen habe, einmal 54.000 Euro, einmal 27.000 Euro pro Jahr, und das Ganze geht an den Verein LoBiN e.V. Gibt es da Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Dann ist der weitergehende **Antrag der der LINKEN**, der 54.000 Euro pro Jahr zusätzlich begehrt. Und das stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist **abgelehnt**.

Dann rufe ich auf den **Antrag der KAL/Die PARTEI** auf eine Zuschusserhöhung um **27.000 Euro** und bitte um Ihr Votum. – Auch das ist eine **Ablehnung**.

Antrag 140 (Seite 274): Erhöhung von Betreuungsstunden in Minikindergärten (GRÜNE; SPD, DIE LINKE.).

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Mit einer Antwort des Stadtjugendausschusses hat sich der Antrag aus unserer Sicht **erledigt**.

Der Vorsitzende: Wenn das alle auch so sehen, dann nehmen wir das an.

Ich darf auf der **Seite 278** darauf verweisen, dass wir den Erbbauzins für den Verein für Jugendhilfe noch mal angepasst haben über die Veränderungsliste.

Antrag 141 (Seite 281): Zuschuss für die mobile medizinische Versorgung für das Prostitutionsprojekt Luise (SPD, FDP, DIE LINKE.)

Stadträtin Melchien (SPD): Unabhängig davon, dass wir als SPD-Fraktion uns gegen Prostitution positioniert haben und dass wir im letzten Haushalt, bei dem wir gesagt haben, keine neuen Projekte, auch diesem Antrag nicht zugestimmt haben, der da kam, ist dieses Projekt nun mal jetzt am Laufen mit dem DRK gemeinsam und hat uns insbesondere in Pandemiezeiten, glaube ich, tatsächlich geholfen, hier eine Versorgungslücke zu schließen, wie es ja auch beschrieben wird und eben medizinische Versorgung hier gesichert. Wir finden, man darf das jetzt nicht stoppen. Hier wird wichtige Arbeit geleistet. Ich habe im Vorfeld mit verschiedenen Kolleginnen und Kollegen gesprochen, die dann auch, ja, zumindest finden, dass wir

da auch fachlich mal drüber beraten sollten, was genau wir erwarten auch von dieser Förderung, was wir uns wünschen, einfach die Rahmenbedingungen abklären. Von daher würden wir unseren Antrag mit Sperrvermerk versehen, damit wir das so machen können, wie wir das ja auch mit Ihnen besprochen haben. Vorhin haben Sie es einmal angesprochen. Ich glaube, dann kann sich tatsächlich auch eine große Mehrheit anschließen, ist meine Hoffnung und dann können wir gemeinsam auch fachlich mal die Rahmenbedingungen dazu klären.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Auch wir werden uns diesem Antragsanliegen anschließen. Auch wir wollen, dass diesen Menschen ein gewisses Maß an Gesundheitsschutz ermöglicht wird, jedoch möchten wir dieses Projekt nur für die nächsten beiden Jahre unterstützen. Daher werden wir uns rechtzeitig vor Ende der Bezuschussung um eine Evaluation dieses Projektes kümmern bzw. beantragen. Der Sperrvermerk können wir gerne mitgehen.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Es ist entscheidend, dass dieses Projekt, das jetzt einfach mal angefangen hat, nicht gleich wieder abgestoppt wird, und für uns ist es was zum Bestand gehörendes und keine neue Maßnahme, aber wir sehen es als ganz entscheidend wichtig an, dass hier noch mal das ganze Modell auf den Prüfstand kommt und ein klares Konzept entwickelt wird, das uns auch mal dann vorgestellt wird, wie das Ganze weiterlaufen soll. Deswegen ist der Sperrvermerk ein wichtiger Punkt. Wir erwarten ein klares Konzept, dass wir auch wissen, wie die ganze Sache auch finanziell weitergeht, und dann soll es vorgestellt werden, und dann können wir über einen Sperrvermerk reden.

Stadtrat Jooß (FDP): Ich freue mich natürlich besonders, dass heute die Männer in der Mehrheit dazu sprechen. Erst habe ich gedacht, da reden nur die Frauen, aber wir unterstützen das Projekt deswegen erst recht und finden das gut. Thomas Müller hat es deutlich gesagt, das muss entsprechend noch evaluiert werden und mit Sperrvermerk sind wir natürlich dabei.

Der Vorsitzende: Ich stelle die **beiden Anträge**, die von der Summe her gleichlautend sind, zur Abstimmung. Gehen DIE LINKEN mit einem Sperrvermerk mit? Dann können wir die beiden Anträge zusammen aufrufen und dann mit einem Sperrvermerk, und ich bitte jetzt um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Auf der **Seite 284** darf ich noch auf einen Aspekt aus der Veränderungsliste hinweisen. Der Sparbeitrag der Arbeitsförderung Karlsruhe GmbH beim Betriebskostenzuschuss, wie wir ihn ja von allen Beteiligungen erwartet haben, ist jetzt dort entsprechend eingepflegt in den veränderten Zahlen.

Damit sind wir am Ende des doch recht umfänglichen Haushaltes für Jugend und Soziales, und ich unterbreche die Sitzung bis morgen früh, wünsche Ihnen einen schönen Abend, einen guten Nachhauseweg und bedanke mich insgesamt für die sehr zügige und konstruktive, gemeinsame Arbeit hier und heute, vielen Dank.